

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

49 (27.2.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 75 J., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 3 J.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 S. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ein Gehilfe des Herrn v. Jagow.

Wie hat jemand das Seelenleben der Arbeitswilligen schöner und treffender charakterisiert, als der Streikbrecher-Kapitän Friedrich Hinte in dem Interview, das er gelegentlich des Noabiter Kohlenarbeiterstreiks einem Zeitungsinterview genügt gewährte:

„Die Kerle kriegen nicht mehr bezahlt als wie ein gewöhnlicher Arbeiter bezahlt kriegen würde, aber die Gefahr, die reizt sie, und die Hoffnungen um der Wirtschaften, um der sie unerschrocken loslaufen können, das reizt sie.“

Es sind die Landsknechte des modernen Wirtschaftslebens: verwegenes Gesindel, das den Teufel danach fragt, wem es seine Dienste leiht, das sich aus den engen Schranken der Gesetzgebung und Polizeiverordnungen hinaushebt und nach Herzenslust raufen will, ohne befürchten zu müssen, daß ihm der Schutzmann gleich auf dem Nacken sitzt. Der Streikbrecher kann heute in der und morgen in jener Branche den Ausreißer spielen, weil er durch keinerlei Vorkenntnisse beschwert ist und weil er in der Regel nur zwei Handwerkzeuge zu gebrauchen versteht: das Messer und den Revolver.

Und die berufsmäßigen Arbeitswilligen-Bermittler fliegen von demselben Kaliber zu sein. Sie sind die Hauptlinge der Bande und müssen ihr, was die Courage angeht und die geringe Bewertung eines Menschenlebens mit gutem Beispiel vorangehen. Hier sind nur Kerle zu gebrauchen, deren Vorleben schon eine gewisse Garantie für ihre Entschlossenheit bietet und von denen man weiß, daß sie nicht über die Zwirnsfäden der Gesetzlichkeit und Moral stolpern.

So einer war es auch, der am Mittwoch dem Geschworenengericht zu Leitmeritz in Böhmen vorgeführt wurde, weil er als Streikbrecher während des Buchdruckerstreiks den Tarifvertrauensmann der Buchdrucker Böhmens, Solinger, in Leichen erschossen hat. Ein angenehmer Mitbürger, dieser Paul Keiling aus Berlin. Nicht weniger als sieben Mal ist er verurteilt. Körperverletzung, Diebstahl, Betrug, Kuppelei, Nötigung, Freiheitsberaubung stehen auf seiner Liste. Einem solchen Gesellen ist es natürlich ohne weiteres zu glauben, daß er nur in der Notwehr zur Waffe gegriffen hat und daß der Revolver durch einen unglücklichen Zufall ganz von selbst losgegangen ist. Das haben die Revolver und die Dolche in den Händen dieser Kerle so an sich: sie scheitern von selbst und sie stehen von selbst, und in Notwehr befinden sich diese Freunde und Helfer des Unternehmertums auch immer, selbst wenn sie mit Brownings, Schlagringen und Stummkugeln unbewaffneten Arbeitern gegenüberstehen. Deshalb erfreuen sie sich ja auch der besonderen Fürsorge der Polizei und der lebhaftesten Sympathie aller derjenigen, die sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung begeistern.

Sie führen ja den Verzweiflungskampf der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Arbeiterverbände. Und der Keiling ist schon vor längerer Zeit ein Opfer dieses Terrorismus geworden. Die Verbände, so klagte er vor Gericht, haben ihn aus aller Arbeit herausgebracht. Ein neuer Kronzeuge ist dieser Ehrenmann also für die Konservativen und den Zentralverband deutscher Industrieller. Ein Beispiel, wie bitter tut die Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen not, denn wohin soll es führen, wenn die sozialdemokratisch verhetzten Organisierten nicht mehr mit einem Menschen zusammenarbeiten wollen, dem man weiter nichts nachsagen kann, als daß er wegen Körperverletzung, Diebstahls, Kuppelei und einiger ähnlicher Bagatellen verurteilt ist! Oder soll so ein ganz gewöhnlicher Proletarier etwa höhere Ansprüche an seine Umgebung und an seine Mitarbeiter stellen als die königl. preussische Polizei? Das wäre doch einfach lächerlich. Die Polizei aber hat nicht das allergeringste Bedenken gehabt, Ehren-Keiling in ihre Dienste zu nehmen.

Als der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Hoffmann vor einigen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus diese Tatsache feststellte, bestritt zwar der Polizeiminister, Herr v. Dallwitz, daß die Polizei mit dem Mörder Solingers etwas zu tun habe, aber Keiling selbst hat vor den Geschworenen zu Leitmeritz seine guten Beziehungen zur Polizei enthüllt. Auf die Frage des Nebenklägers, er sei in den Besitz seines Waffenscheines wohl nur gekommen, weil er in Berlin seine Vorstrafen verdrängen habe, antwortete der Angeklagte stolz, daß man ihn in Berlin sehr genau kenne. „Ich wohne in Berlin im Hause meines Polizeirevisors und stehe ständig im Dienste der Polizei, die mir bei Streiks die Aufgabe zuweist, Unruhestifter zu ermitteln.“

Keilings Aussage steht gegen die des Herrn v. Dallwitz. Wir wollen durchaus nicht sagen, daß wir jenem mehr glauben als diesem. Aber welchen Sinn hätte es für Keiling, ein freundschaftliches Verhältnis zur Berliner Polizei zu erdichten, wo durch das Gericht die Wahrheit seiner Aussage auf so einfache Art nachgeprüft werden

konnte. Herr v. Dallwitz hat seine Erklärung in gutem Glauben abgegeben. Er ist eben noch nicht vollständig darüber orientiert, mit welchen Mitteln und mit welchen Hilfskräften die innere Sicherheit des Staates Preußen gewahrt wird. Er hat genug zu tun, darauf zu achten, daß sich unter die Beamten keine „Lügner und Eidsbrecher“ einschleichen, die sozialdemokratisch wählen, man kann nicht von ihm verlangen, daß er sich darum kümmert, welcher Elemente sich die Polizei bedient, um den Staat zu erhalten.

Vielleicht weiß ja auch Dallwitzens Freund, der Herr v. Jagow, nichts von seinem Gehilfen Keiling. Er hat ja ebenfalls zu viele andere Dinge im Kopf. Er muß Rechtsgutachten ausarbeiten und verhindern, daß seine Untergebenen sich zur Förderung ihrer Standesinteressen in einem Verein zusammenschließen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß sich ein Schwerverbrecher rühmen kann, „ständig im Dienste“ der Verwaltung zu stehen, deren Spitze Herr Traugott, Major von Jagow ziert. Ein Mann, der wegen Betrug, Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Kuppelei usw. sieben Mal bestraft worden ist, wird verhandelt, um bei Streiks die „Unruhestifter“ zu ermitteln! Er wird verhandelt, um Arbeiter, die um die Verbesserung ihrer Existenz kämpfen, aus Messer zu liefern und Material herbeizuschaffen, auf das sich dann die Schanzmacher innerhalb der Regierung berufen können, wenn sie herabredend über die Verwahrlosung der guten Arbeitswilligen flagen und für einen besseren Schutz ihrer Ehre und Freiheit plädieren.

Der Fall Keiling kommt gerade recht, wo eben erst durch die Enthüllungen von Köln, Myslowitz und Weitzen, die Polizei, diese Stütze des Klassenstaates Preußen in ein so helles Licht gerückt worden ist. Bald muß man fürchten, den örtlichen Nachbarn zu beleidigen, wenn man von den „russischen Zuständen“ in Preußen spricht. Aber die Herrschenden scheinen für diese Kulturstände kein Verständnis zu besitzen.

Die Entrechtung besiegelt.

Im Falle des Genossen Stoeker in Köln, dem bekanntlich die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen worden war, weil er wegen seiner Betätigung für die Sozialdemokratie nicht die hinreichende moralische Qualifikation besitze, haben jetzt nach fünf Monaten die letzten Instanzen gesprochen. Dem Genossen Stoeker ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Berlin, den 18. Februar 1914.
Wir sind nicht in der Lage, die Entscheidung der Erbschaftsbehörde III. Instanz in Koblenz, durch die Ihnen die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen worden ist, abzuändern, weil die Art ihrer Betätigung im staatsfeindlichen Sinne nach den Ergebnissen der angefertigten Ermittlungen die nach § 10 des Wehrgesetzes für den Einjährig-Freiwilligendienst nötige moralische Qualifikation Ihnen zuzusprechen nicht gestattet. Ihre an das Kriegsministerium gerichtete Beschwerde vom 25. September 1913 und deren Vorbehalt vom 13. September 1913 finden hierdurch ihre Erledigung.“

Unterzeichnet ist das Schreiben vom Minister des Innern v. Dallwitz und vom Kriegsminister v. Falkenhayn. — Es bleibt also bei der empörenden Entrechtung, und alle Kritik der Öffentlichkeit und des Reichstages ist erfolglos geblieben! Man hat jetzt einen schlauerer Weg zur Begründung gefunden. Nicht mehr die agitatorische Betätigung an sich, sondern ihre besondere Art gibt den Anlaß zur Entziehung des Berechtigungscheines. Was für eine Art dies ist, wissen wir nicht. Bekanntlich ist Genosse Stoeker noch völlig unbefragt.

Wo sich zwei Geister vom Schlage der Dallwitz und Falkenhayn zusammenschlagen, war ein anderer Bescheid wohl nicht zu erwarten. Daß der Grundtat der Verfassung „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich“, auf Sozialdemokraten keine Anwendung findet, ist in Preußen-Deutschland auch nichts Neues. Schließlich kann man sich auch nicht einmal mehr darüber wundern, daß die beiden Minister den Mut aufbringen, einem Mann, der für seine freie Ueberzeugung arbeitet, die „moralische Qualifikation“ abzuspochen.“ Das geschieht sonst freilich nur Personen gegenüber, die sich eine unantwärtige Handlung zuschulden kommen lassen, und selbst diesen gegenüber auch nicht immer, denn würde man unter den Einjährig-Freiwilligen fürchterliche Musterung halten, so würde man manchen unter ihnen finden, dessen Ehrenschild nicht ganz so rein ist, wie das unseres Genossen Stoeker. Wir erinnern nun an den Fall des Prinzen Ardenberg, der erst Einjährig-Freiwilliger und dann sogar aktiver Offizier wurde, obwohl er sich schon in seiner frühen Jugend die schlimmsten Schandlichkeiten hatte zuschulden kommen lassen, und der schließlich auch als Mörder endete. Dieser Prinz hatte aber auch ganz andere Fürsprecher als der simple Walter Stoeker, und in Bezug auf politische Gesinnung war seine „moralische Qualifikation“ vollkommen einwandfrei.

Wenn der preussische Polizeiminister und der preussische Kriegsminister den Sozialdemokraten „moralische Qua-

lifikation“ absprechen, die jedes Junker- und Bourgeoisöhnchen zu einer bevorzugten Stellung innerhalb der Armee berechtigt, lohnt es sich wirklich nicht, sich darüber zu entrichten. Mit Männern, die den Kampf für die höchsten Menschheitsziele als Kennzeichen einer minderen Moralität betrachten, können Sozialdemokraten über Grerbegriffe nicht diskutieren, da sind die Auffassungen zu verschieden.

Der Kampf gegen das ungerechte Einjährigprivileg, das sich hier wie im Falle Duvell als ein durch Gestattungsfriederei doppelt geschütztes Bestprivileg entlarvt hat, kann durch solche Vorfälle nur verhärtet werden. Dem Kriegsminister darf man aber zum „Zweijährig-Unfreiwilligen“ Stoeker nur gratulieren. Seine bloße Anwesenheit in der Kompanie wird, ohne daß es weiterer Worte bedarf, seinen Kameraden Gelegenheit geben, über die Gerechtigkeit des heutigen Militärsystems nachzudenken.

Deutsche Politik.

Furchtbare Militärtragödie in Reiche.

Kurze Telegramme aus Reiche geben Kunde von einer furchtbaren Militärtragödie, die sich am 24. Februar dort ereignet hat. Am Morgen dieses Tages wurde der Kommandeur der 24. Infanteriebrigade Generalmajor Voeh von seinen beiden Burtschen leicht verletzt. Nach den vorliegenden Nachrichten sollen die Burtschen, ein Infanterist und ein Kavallerist den General überfallen haben, als er sie weckte, da sie nicht rechtzeitig aufgestanden waren. Die beiden Täter flüchteten. Am Tage darauf fand man sie mit abgetragenen Köpfen als Leichen auf der Eisenbahnstrecke Reiche-Doppeln nächst der Station Wischke. Es kam kein Zweifel davon bestehen, daß die beiden Unglücklichen in den Tod gingen, um der ihnen bevorstehenden furchtbaren Strafe zu entgehen.

Desto tiefer liegen die eigentlichen Ursachen im Dunkel, die zu dieser grauenhaften Tragödie geführt haben. Daß die Täter etwa im Zustande der Trunkenheit handelten, ist der ganzen Sachlage nach kaum anzunehmen, denn hätten sie ihre Ausschreitungen jedenfalls vor dem Schlafengehen, nicht nach dem Erwachen begangen, sie hätten dann auch nicht die nötige Besinnung gehabt, zu flüchten. Man wird daher nach den vorliegenden unzulänglichen Berichten annehmen müssen, daß es sich um einen Racheakt handelt, der mit Ueberlegung und in Voraussicht der drohenden Folgen auf Grund einer Verabredung begangen worden ist. Liegen die Dinge aber so, dann bleibt die Frage offen, welche Tatsachen in der Brust der beiden jungen Menschen den Entschluß zu einer Tat gezeitigt haben, die sie mit ihrem Leben bezahlten mußten.

Diese Frage ist gestellt, und sie wird auch mit voller Klarheit beantwortet werden müssen. Denn die Militärtragödie von Reiche wird nicht verfehlen, in der ganzen Welt ungeheure Aufsehen zu erregen, und man wird aus ihr Schlüsse auf die Zustände in der deutschen Armee zu ziehen geneigt sein, die den verantwortlichen Personen nicht gleichgültig sein können. Der Mund zweier von drei Beteiligten ist für immer geschlossen, die Ermittlungen des wahren Grundes dieser Katastrophe mögen dadurch erschwert sein. Trotzdem wird es der Militärverwaltung gelingen müssen, durch eine rücksichtslose Untersuchung die Aufklärung zu schaffen, die die ganze Welt von ihr verlangt.

Auch ein Zeichen von steigender Not.

In Mannheim mußten bei einer Durchschnittseinwohnerzahl von 221 000: 4691 Personen durch die Armenverwaltung unterstützt werden, d. h. 287 mehr als im Vorjahr. Es wurden gezahlt 474 504,40 Mk. gegen 421 300 Mk. im Vorjahr. Auf 1000 Einwohner entfallen 21,50 unterstützte Personen und ein Armenaufwand von 190 Mk.

Das Disziplinarverfahren gegen den Kreisdirektor Wähl ist eingestellt worden. Das reichsständische Ministerium hat Wähl, der bekanntlich selbst den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich stellte, mitgeteilt, daß keinerlei Beweise für eine fahrlässige oder wissenschaftliche Unterlassung von Amtshandlungen gelegentlich der Zaberener Vorkommnisse gegen ihn vorlägen.

Natürlich paßt diese Entscheidung den Konservativen nicht. Bei der gegenwärtigen Stimmung wäre ein Tadel des verhaßten Direktors Wähler auf ihre Mühe gewesen. — Uebrigens wird soeben festgestellt, daß die Meldung, der Bürgermeister von Zabern habe ein paar von der Militärbehörde an ihn gerichtete Fragen, ob er für die Sicherheit der Soldaten in Zabern garantieren könne, mit „nein“ beantwortet, ein glatter Schwindel der konservativen Presse ist. Die Militärbehörde berichtet, daß sowohl die Fragen die Antwort erdichtet seien, die Militärbehörde habe keinerlei ähnliche Fragen an den Zaberener Bürgermeister gerichtet.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Für die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Mannheim im ersten sechs Monaten des Geschäftsbetriebes 8102,60 Mk. erforderlich. Borgeföhren waren

Seite 8.
275
260
850
500
7519
275
260
850
500
ren
roni
il offen
ni
Bafeten
45
6
deln
an
er
en
55
deln
roni
perücke
en in den
in. UGau
ig. 3976
2. Str.
rend am
Derrren
gut ge
fel in eb
tit. 3976
Durlacher
straße 79.

25 000 Mk. Hieron wurden verausgabt für die organisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften 4823,90 Mk. und für die nichtorganisierten Arbeiter durch das Arbeitsamt 3278,70 Mk. Von letzteren sind etwa der fünfte Teil organisierte Bauarbeiter, die nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Zum Bezuge der Unterstützung meldeten sich 543 Organisierte und 531 Nichtorganisierte; abgewiesen wurden 50 Organisierte und 118 Nichtorganisierte, weil für sie die statistischen Voraussetzungen nicht zuträfen. 29 Organisierte verzichteten freiwillig auf Unterstützung, da sie mittlerweile Arbeit erhalten hatten. Die 463 organisierten Arbeiter waren zusammen 6075 Tage, die 418 Nichtorganisierten zusammen 4035 Tage arbeitslos. Unter lang anhaltender Arbeitslosigkeit hatten besonders die Holzarbeiter, die Glaser und die Metallarbeiter zu leiden. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit hinter der Schätzung zurückblieb, so hat das seine Ursache in der Tatsache, daß in Mannheim mit seiner vielseitigen Industrie die Arbeitslosigkeit nicht schon im vorigen Sommer, wie anderwärts, allzu stark einsetzte.

In Breslau werden sich die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung mit dem Antrage des Magistrats zu beschäftigen, der die prinzipielle Zustimmung zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung auf Grund der Kölner Reformversicherungskasse verlangt. Der Antrag ist das Ergebnis der Arbeiter der vor zwei Jahren von Magistrat und Stadtverordnetenkollegium eingesetzten Studienkommission.

Die Wassermann-Krise.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatten jüngst mitgeteilt, daß der Abgeordnete Wassermann binnen kurzem von der Leitung der nationalliberalen Partei zurücktreten werde. Diese Mitteilung wurde von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ als freie Erfindung bezeichnet. Dazu bemerkten neuerdings die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die zwar nicht nationalliberal sind, aber dem Nationalliberalismus ziemlich nahe stehen:

Wir können demgegenüber auf das bestimmteste erklären, daß uns jene Meldung von einer völlig ernst zu nehmenden Seite, und zwar aus Kreisen der nationalliberalen Partei selber, die allerdings nicht mit den direkten Berliner Inspiratoren der „Nationalliberalen Korrespondenz“ identisch sind, zugegangen ist, und daß unser Artikel nach Anstellung sorgfältiger Erkundigungen geschrieben ist. Die parteiamtliche Korrespondenz sagt dann schließlich, es habe gar keine Differenz gegeben, die Wassermanns Rücktritt zur Wahrscheinlichkeit oder Notwendigkeit gemacht hätte. Das klingt sehr stolz und schön, aber im Ernst will doch die „Nationalliberalen Korrespondenz“ nicht bestreiten, daß Differenzen im Schoße der Partei bestehen, die so grundsätzlicher Natur sind, daß sie immer wieder zu einer akuten Krise führen können.

Das Vorhandensein schwerer Differenzen in der Partei ist ja auch von nationalliberalen Blättern zugegeben worden. Der rechte Flügel der Partei will dem Geschehen ein Ende machen, er fordert einen einheitlichen scharfmacherisch-reaktionär-agrarischen Kurs, für den Wassermann nicht zu haben ist. Vom sozialdemokratischen Standpunkt aus kann man den Wassermanngegnern nur vollen Erfolg wünschen, denn nur dadurch ist es möglich, dem gegenwärtigen Zustand der Unklarheit ein Ende zu bereiten. Die Nationalliberalen sind im wesentlichen eine konservative Partei, mögen sie auch wagen zu scheitern, was sie sind!

Petroleummonopol und Sozialdemokratie.

Die Freunde des amerikanischen Riesenrusts, der zur Zeit die Leuchtölversorgung Deutschlands beherrscht, sind unablässig bemüht, das Zustandekommen eines Gesetzes zu verhindern, das die deutschen Leuchtölverbraucher davor schützt, daß sie auf Gnade und Ungnade der Mächenschaften Rockefeller's preisgegeben sind. Mit wachsender Angst sehen diese Agenten des Rockefeller'schen Privatmonopols, daß es ihnen trotz aller Umtriebe vor und hinter den Kulissen des Reichstages nicht gelingt, das vom Reich geplante Staatsmonopol für die Versorgung Deutschlands mit Leuchtöl zum Scheitern zu bringen, da die Sozialdemokratie in den Kommissionsberatungen des Leuchtölgesetzes

eifrig bemüht ist, den Entwurf so zu gestalten, daß die Interessen der deutschen Leuchtölverbraucher gegen jede Ueberverteilung und Verteuerung auf die Dauer gesichert sind, sowohl gegen amerikanische wie deutsche Ausbeutung. Selbstverständlich kann aber die Fraktion auch nur dann für den Gesetzentwurf stimmen, wenn auch die Interessen der bei einem staatlichen Petroleummonopol beschäftigten Arbeiter und Angestellten in ausreichender Weise wahrgenommen sind. — Bei den Beschlüssen der zweiten Lesung des Entwurfs in der Kommission wurden daher auch entsprechende Anträge von unseren Genossen gestellt; die Mehrheit der Kommission hat sie angenommen.

Nun läßt sich die „Kölnische Zeitung“, hinter der die dem Rockefeller-Trust freundlich gesinnten Nationalliberalen stehen — denn wie stets ist auch hier die nationalliberale Fraktion geteilter Meinung — am 21. ds. Mts. aus Berlin schreiben, daß die sozialdemokratische Fraktion ein Kompromiß mit der Regierung geschlossen habe, durch das die Sicherung der Angestellten und Arbeiter mit einer Verteuerung des Leuchtöls zugunsten der Reichskasse gezahlt werden soll. — Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ vom Donnerstag erklärt — offenbar amtlich im Auftrage der Regierung — „daß diese Mitteilung wie die daran geknüpften Betrachtungen jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt.“ Diese Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ ist vollkommen zutreffend. Selbstverständlich ist unserer Fraktion oder deren Vertretern in der Leuchtölkommission niemals eingefallen, die den Arbeitern und Angestellten des künftigen Staatsmonopols eingeräumten Rechte mit einer Verteuerung des Leuchtöls auf Kosten der Verbraucher zu beschaffen, im Gegenteil — Voraussetzung für die Zustimmung unserer Fraktion ist, daß das Leuchtöl durch die neue Organisation nicht verteuert, sondern verbilligt wird. Nur wenn sichere Garantien dafür gegeben werden, daß durch ein Staatsmonopol das Leuchtöl dem Verbraucher billiger geliefert wird als durch den amerikanischen Trust, nur dann wird unsere Fraktion und Partei dem Gesetzentwurf zustimmen können. Die Mitteilung der „Köln. Zeitung“ ist also leeres Gerede.

Die Dummheit als Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie. Der fromme „Reichsbote“ betet zur Dummheit um Schutz vor der Sozialdemokratie, sie ist das einzige Rettungsmittel, das Hilfe verspricht. Er schließt einen Artikel über den „Stillstand der Sozialdemokratie“ mit diesen Sätzen:

„Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. hat in ihrer Verteidigungsrede die Rosa Luxemburg über die „absolute Unfähigkeit“ ihrer Gegner gejammert, der Gedankenbahn der Sozialdemokratie zu folgen, die sozialdemokratische „Ideenwelt in ihrer ganzen Kompliziertheit, wissenschaftlichen Feinheit und historischen Tiefe zu begreifen“. Diese Unfähigkeit, gegen die sich die genannte Genossin auflehnt, bedeutet den Willen für den Staat, das Volk, das Vaterland und die Religion. Dahi muß mit dem Aufgebotaler, insbesondere der stillosen Kräfte gestrebt werden, daß dem immer noch überwiegend groben Teile der Arbeiterklasse, der außerhalb der sozialdemokratischen Organisation und Einflüsse steht, die Unfähigkeit, die der Rosa Luxemburg so im Wege ist, erhalten bleibt, die Unfähigkeit, den Gedankengängen der Sozialdemokratie zu folgen.“

Wie sagte doch Jakob Audoz schon 1864 in der Arbeitermarzellaise?

Der Feind, den wir am tiefsten hassen
Der uns umlagert, schwarz und dicht,
Das ist der Unberstand der Massen,
Der nur des Geistes Schwert durchbricht.
Nur erst dies Volkwerk überstiegen

Und die Sozialdemokratie wird es übersteigen, trotz Reichsboten und der mit ihm verbündeten Dummheit.

Vom klerikalen Kriegsschauplatz.

Aus der Flut der Verdächtigungen, die täglich die beiden Richtungen des klerikalen Lagers gegeneinander ausschütten, sei heute das Neueste herausgeholt: Die „Köln. Volkszeitung“ gegen Pfarrer Nieborowski und Kopp: „Soweit ist es gekommen, daß Pfarrer Nieborowski den

Mut hatte, vor 8—10 Wochen den Kardinal Kopp um ein Darlehen von 6000 Mark zu bitten; ob er es erhalten hat, weiß man nicht. Aber daß er es wagen konnte, ein solches Ansuchen, das motiviert war mit der schlechten Lage des von Nieborowski geleiteten Blattes, an seinen Bischof zu richten, spricht Bände.“

Weiter schreibt die „Köln. Volkszeitung“:

„Als die Zentrumsparlei für den 18. Februar in Berlin ihre große Kundgebung ankündigte und die Berliner Arbeiter ihre Gegenkundgebung einberief, kam es an verschiedenen Kirchen zu schlimmen Auftritten. Den Zettelverteilern wurde das Verteilen unterjagt. Sie wurden von Fachabteilungsanhängern gröblich injuliert, ein Kuratus wandte sich sogar an die Polizei.“

Ausland.

England.
Eine Konferenz der Londoner Bauunternehmer mit den Vertretern der ausgesperrten Bauarbeiter verlief resultatlos, da die Gewerkschaften sich wohl verpflichteten, gegen kettenschiebende Mitglieder vorzugehen; doch wollten sie von den Vorsitzenden der Unternehmer, wonach beide Teile eine hohe Kauktion zur Sicherung der Verträge hinterlegen und bei Vertragsbrüchen Konventionalstrafen zahlen sollten, noch wie vor nichts wissen.

Die neun aus Südafrika deportierten Arbeiterführer sind am Montag in London angekommen. Sie weigerten sich anfänglich, ihr Schiff anderswo als in Südafrika wieder zu verlassen, wurden dazu aber doch bewegen durch die Vertreter der englischen Arbeiterbewegung, die ihnen entgegengekommen waren. Am Donnerstag wird im Parlamentsgebäude ein Diner zum Empfang der neun Deportierten stattfinden, und zwar auf Einladung der Gewerkschaft und der Arbeiterpartei, daran wird sich am Freitag eine Konferenz zur Beratung der einschlägigen Taktik anschließen, sowie im Opernhaus eine große Versammlung zur Einleitung einer nationalen Kampagne; Sonntag findet eine Demonstration im Hyde Park statt. Daraus werden die Deportierten voraussichtlich in Protestversammlungen im ganzen Lande sprechen.

Badischer Landtag.

Die Gewerbebotschaft konnte auch gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Zunächst kam die Regierung zum Wort. Die beiden Redner der Regierung Minister v. Bodman und Ministerialrat Dr. Schneider sprachen zwei Stunden. Beide gingen ausführlich auf die im Laufe der Debatte vorgetragene Wünsche und Beschwerden ein. Für die Gewerbe- und Handelslehrer stellte Minister v. Bodman eine Beförderung bei der bevorstehenden Revision des Gehaltsstarfs in Aussicht. Abg. Denwald brachte Wünsche für die Forzheimer Handelschule zur Sprache, Abg. Gen. Stodinger behandelte in ausführlicher, sachverständiger Weise das kaufmännische Unterrichtswesen. Er plädierte eindringend für die Gleichstellung der Handelsjahrschulen mit den Pflichthandelschulen.

Abg. Blum befürwortete einen Staatszuschuß für die Mannheimer Handelshochschule. Vom Zentrum sprachen die Abg. Seubert, Wiedemann, und Mast. Letzterer polemisierte gegen das Artell der schaffenden „Stände“, das sich bekanntlich aus den politischen Freunden des Zentrums zusammensetzt. Heute dürfte vermutlich die Debatte geschlossen werden.

36. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 26. Februar 1914.
Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissar.

Gingänge: Eine Petition des Gemeinderats Staufen um Einreibung der Stadt Staufen in die 2. Klasse des Wohnungsgeldtarifs; ein Antrag der Abg. Dr. Jehnke (Zentr.) u. Gen. die Einkommensteuer im Falle mehrerer Unterhaltsberechtigter betr.

Gewerbebeförderung.

Minister v. Bodman dankt für das Wohlwollen, das dem Gewerbe sowie den Beamten, die im Gewerbebetriebe beschäftigt sind, ausgesprochen wurde. Der von allen Rednern, besonders

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.
Humoreske von Heinrich Schöffle.
(Fortsetzung.)

„Weinen Sie nicht, Frau Baronin!“ sagte Herr von Malzen endlich: „Es ist nur an mir, zu weinen. Ich bin Mann; Tränen sind mir Fremdlinge seit den Kinderjahren; aber heute, vor Ihnen, schäme ich mich ihrer nicht. Ich beschwöre Sie, Teure, weinen Sie nicht. Jede Träne ist eine neue Schuld für mich; jedes Schluchzen zerreiht mein Herz. Lassen Sie mich mein Glend nicht allzuschwer fühlen. Ich bin Verbrecher. Ich darf keine Ansprüche auf Ihre Achtung machen, denn ich verachte mich selbst. Ich wage es sogar nicht mehr, Ihre Verzeihung anzurufen; denn könnten Sie auch Engel genug sein; würde ich mir denn selbst verzeihen können? Würde ich den Zammer ungeschoren machen, den ich über Ihre Jugend verbreitete? Würde ich die brennenden Tränen, die Sie meinetwillen vergießen mußten, ungeflissen machen! Nur eins — nur das Eine verweigern Sie mir nicht, o bei Ihrer himmlischen Güte, die Sie auch dem Bettler am Wege nicht verweigern beschwöre ich Sie — lassen Sie mich hoffen, Ihres Mitleids teilhaftig zu werden. Der Himmel trägt ja mit der Reue des Sünders Mitleiden.“

Sie schweig. Sie hörte kaum was er sagte.
Da sank er auf das Knie vor ihr nieder, und rief: „Angebetetes Weib! — ach ich darf nicht sagen: mein Weib! Ich werde es, ich will es auch nie sagen. Aber verstoßen Sie mich nicht ganz. Erlauben Sie mir, daß ich zuweilen mich dieser Gegend — diesem Aufenthalte der Unschuld und Liebe nähern — daß ich unglücklicher Vater zuweilen meinen Pompejus, meinen Sohn — — o Gott! Aber —“

Die Stimme brach ihm. Er schloß bei den letzten Worten das Kind in seine Arme, und bedeckte es mit seinen Küssen. „Gott Baron“, erwiderte Suschen gefächert, „ich sollte Ihnen die Erlaubnis nicht verweigern, Ihre Besuche bei diesem Kinde zu wiederholen, wenn es Ihnen so teuer ist.“

wie Sie sagen. Aber die Erlaubnis hängt von meiner Tante, der Eigentümerin dieses Hauses und dieser Güter, ab, in der ich meine andere Mutter verehere. Belieben Sie sich also mit dem Gesuche an sie zu wenden. Ich habe nichts zu gestatten.“

„Und wenn mir die Bitte gewährt würde von Ihrer andern Mutter — — Sie würden dann dieses Erlaubnis die Ihrige beifügen?“

„Ich habe nur meiner Mutter gehorchen gelernt.“ Der Baron ergriff ihre Hand, küßte sie mit wilder Festigkeit — dann seinen Sohn, sprang auf, nahm seinen Hut und entfernte sich, indem er seinen Dank stammelte für diese Stunde.

Es war sein Voratz, auf der Stelle die ersehnte Erlaubnis zu erlangen. Aber wie er die Treppe niederstieg, stieg die ernste Physiognomie Tantchens lebhaft in seinem Gedächtnis auf, und er zitterte vor abschlägiger Antwort. „Besser schriftlich, als mündlich!“ dachte er; denn er fühlte, daß er in seiner gegenwärtigen Stimmung ohnehin ein schlechter Redner sein würde. So kam er an Tantchens Zimmertür — noch einmal schwankte er, ob hinein, oder vorbei? Ehe er sich aber die Antwort gab, sah er schon auf dem Pferde, und jagte im Galopp davon.

Zweiter Prolog. Briefwechsel.
Mit rotgeweihten Augen kam Suschen zu Tantchen Rosmarin. Die junge Baronin mußte nun haarlein berichten. Der kleine Pompejus sprang freudig mit der goldenen Uhr seines Vaters herbei. Tantchen schüttelte zu allem den Kopf.

„Daß ihn“, sagte sie, „der Anblick des Kindes rührte, nun das will ich wohl glauben, gutes Suschen. Er müßte ja von Holz und Marmor sein, wenn er den Engel da läße, und nicht wie die Böllner im Evangelium an seine Brust schlägt und spräche: Gott sei mir armen Sünder gnädig. — Daß er dem Kinde die goldene Uhr gab — nun, das war sehr natürlich. Daß er vor dir auf den Knien lag, beweiset noch nicht, daß er seine Schändlichkeit aufrichtig bereue. Denn, liebes Suschen, solch Männer kommt das Knien so unwillkürlich an, wie den Weibern

das Weinen. Ueberhaupt hätte ich gewünscht, du würdest ihn mit größerer Würde behandelt haben. Er verdient nicht Zeuge deiner Tränen zu sein. Du müßtest dem Springinsfeld richtigerliche Hoheit und Strenge zeigen. Deine Majestät hätte ihn zerschmettert. Ich möchte nur an deiner Stelle gewesen sein. Du hättest mich sehen sollen! Uebrigens bleibt er, was er war, und wie sein hochföhliger Vater: ein stolzer Geck, ohne Lebensart. Es wäre wohl der Artigkeit gemäß gewesen, ehe er das Haus verließ, der Gebieterin desselben nachzusehen, und sich bei ihr zu verabschieden. Ich verlange nur die Beobachtung der allerersten höchsten Höflichkeit. Das kam meinem Herrn Baron gar nicht in den Sinn. Kind, ich sah hier schon auf dem Sofa, vollständig und gefast, mit welchem Gesicht ich ihn aufnehmen und verabschieden sollte. Daraus ward nun nichts. Ich merke wohl, wo das hinaus führt. Er hat gesehen, du bist zu gut, zu weich. Ich wette, er legt es darauf an, um der Welt sagen zu können, ihr seht ja, ihr Leute, daß ich recht hatte. Sie war, die mich einst verführte; sie will mir noch jetzt nach. O Suschen, du kennst die Männerbosheit nicht! — darum will er Erlaubnis, dich öfter zu besuchen. Aber warum kam er nicht, und erbat die Erlaubnis von mir? Hier sah ich und ermarktete ihn. Ich verzeihe ihn schon. Sein böses Gewissen brannte. Er fürchtete meinen Scharfsicht, der ihm schon durch manches Pländchen sah. Aus der Erlaubnis, Herr Baron, wird nun und in Ewigkeit nichts.“

Suschen wollte zwar manche Bemerkungen Tantchens mildern; und schien gar nicht ungeneigt, Vermerzigkeit für Recht ergehen zu lassen; allein das war vergeblich. Tantchen Rosmarin, sonst die beste Frau von der Welt, eine Herzensmama, war gegen den Baron unerschrocken, argwöhnisch, lieblos, und konnte den neuen Schmerz nicht vergessen, daß sie auf dem Sofa mit Sand, Fuß und Angeficht in Bereitschaft zum Empfang des erwählten Springinsfeld gesehen war, und wieder aufstehen mußte, ohne ihre Hoheit gezeugt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

dem Verichterfasser, geäußerte Wunsch nach Besserstellung der Handels- und Gewerbeschüler wurde verschiedentlich mit dem Mangel an solchen Lehrern begründet. Ich gebe zu, daß dieser Mangel ebenso wie auch das Vorhandensein von Lehrern, das allerdings mit dem Unterrichtssystem zusammenhängt, existiert. Eine bedeutende Zahl von Lehrern ist jedoch nur in vereinzelten Fällen vorhanden. Im übrigen stehen uns in der weiteren Zukunft genügend Kandidaten zur Verfügung. Die Zahl der Schüler an den Gewerbe- und Handelsschulen nimmt ständig zu; doch schreckt uns dies nicht in Anbetracht der vorhandenen Kandidaten. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß der vorhandene Mangel auf ungenügende Bezahlung zurückzuführen ist; es sei denn, daß der fortwährende Hinweis hierauf dazu dient, die jungen Leute abzuschrecken. Ich kann jedoch nicht zugeben, daß diese Klagen berechtigt sind. Vor 1908 waren vier Fünftel in G, zwei Fünftel in F und ein Fünftel in E. Hieraus ergibt sich, daß der Gehaltsstarif von 1908 die Lage wesentlich verbesserte. Ich kann mich den Gründen für die Besserstellung nicht verschließen, da ich den Beruf für sehr wichtig halte. Ich kann mich jedoch nicht binden, wie Abg. Reubaus meinte, daß die Handels- und Gewerbeschüler den Landwirtschaftslehren gleichgestellt werden, da man aus dem Gehaltsstarif nicht ein einzelnes Stück herausnehmen kann. Für eine Besserstellung werde ich jedoch eintreten. Für das Verlangen von den Handelslehrern, das Abitur zu verlangen, kann ich nicht eintreten, da dies auch in anderen Ländern nicht der Fall ist. Einen breiten Raum in der Erörterung nahm der Wunsch nach Errichtung von Submissionsämtern ein. In der Denkschrift hierzu wird gesagt, daß die vorhandenen Bestimmungen genügen, daß sie jedoch nicht eingehalten werden. Bei den Bestimmungen von 1890 wurde schon bestimmt, daß nicht nur das billigste Angebot bei der Vergabe maßgebend ist. Die Notwendigkeit einer guten Arbeit, die Garantie für die Arbeiter usw. spielen eine Rolle mit. Ich kann bestätigen, daß nicht immer das niederste Angebot den Zuschlag erhielt. Man kann fragen, ist denn die Vergabe an das niederste Angebot zweckmäßig? Die Submission erfolgt im Interesse des Staates, um eine Überbewertung zu verhindern und auch, um eine einseitige Berücksichtigung zu verhindern. Da die an sich genügenden Bestimmungen über das Submissionswesen nicht gehalten werden, verlangt Abg. Niederbühl ein Submissionsamt, das auf Grund seiner Sachkenntnis den angemessenen Preis usw. feststellen soll. Wegen dieses Weg der Abhilfe habe ich verschiedene Bedenken. Ich bin der Ansicht, daß dieser Weg sehr umständlich und langweilig ist, da schon die Nachprüfung sehr lange Zeit erfordern würde. Die Bestellung von Sachverständigen würde große Kosten beanspruchen und gerade die besten Handwerker würden dadurch dem Wettbewerb bei der Vergabe ferngehalten werden, weil sie als Sachverständige fungieren. Hieron abgesehen, wird es auch diesen Sachverständigen nicht möglich sein, völlig exakt den angemessenen Preis zu präzisieren, da hier allerlei Unvorhersehbarkeiten in Betracht kommen. Ich kann daher meine Bedenken gegen ein zentrales Submissionsamt nicht überwinden, wenn ich auch das Bestreben nach einem Submissionsamt für berechtigt halte. Die Regierung wird erneut die Vergabestellungen darauf hinweisen, daß bei den Vergabungen auf die Bestimmungen geachtet wird. Auch sollen in erhöhtem Maße Sachverständige herangezogen werden. Auch sollen die Submissionsämter der Handwerkskammern unterstützt werden. In dieser Hinsicht teile ich den Antrag Göhring; nur muß ich die Einstellung von Mitgliedern in ein Nachtragsbudget ablehnen. Diesen Standpunkt teile auch der Finanzminister, da wir überhaupt kein Nachtragsbudget aufstellen möchten. Wenn die Submissionsämter bei den Handwerkskammern errichtet sind, so kann man ja sehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Verschiedene Kreise haben sich gegen die Durchführung des 2. Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauordnungen ausgesprochen, weil ein eigentlicher Bauzweck nicht besteht. Die Jubiläumsausstellung soll im Jahr 1916 in Karlsruhe stattfinden anlässlich des 200jährigen Bestehens der Stadt. Zur Durchführung wurde eine Gesellschaft gegründet, die einen Teil ihres event. Ueberflusses absetzen muß, während die Stadt sich verpflichtet, Zweidrittel des event.

fehlbetrags zu decken. Der Staat übernimmt ein Drittel des eventuellen Fehl Betrags. Die Leitung des Unternehmens untersteht einem Hauptausführer, an dessen Spitze Bürgermeister Klein Schmidt von Karlsruhe steht. Gegenstand der Ausstellung sind Erzeugnisse der Industrie, des Gewerbes und der Kunst und zwar soll es eine Qualitätsausstellung sein. Als Gelände ist erstens der alte Bahnhof, dann aber der Festplatz sowie anderes Gelände in Aussicht genommen worden. Von den geforderten Summen sollen die ersten 100 000 Mk. als Garantiefond verwendet werden. Besonders bedürftigen Ausstellern soll der Betrag für den Platz ermäßigt werden; im übrigen soll für den Quadratmeter 20 Mk. verlangt werden. Die Gesuche um Beihilfen sind bis 1. Mai 1914 einzureichen. Es gilt bei dieser Ausstellung zu zeigen, daß wir ebenso viel können als unsere Nachbarn. Ich hoffe daher, daß wir bei unserem Gewerbe Unterstützung finden, damit ein Werk zustande kommt, das uns zur Ehre gereicht.

Ministerialrat Schneider geht auf die Fragen der Lehrwerkstätten ein. Infolge der damit verbundenen Verpflichtungen finden sich oft nicht genügend Meister hierzu. Bei der Uebergangzeit ging man bei den Meisterprüfungen nicht allzu streng vor. Insbesondere ist zu sagen, daß die Frauen an den Prüfungen teilweise ganz hervorragende Kenntnisse aufwiesen. Die Wanderausstellung der Schwarzwaldbaum hat sich gut bewährt. Was die gewerblichen Genossenschaften betrifft, so sind wir nur dann für die Errichtung, wenn die persönlichen und sonstigen Voraussetzungen gegeben sind. Was die Staatshilfe betrifft, so sollte man sich auf die Beihilfe zur ersten Einrichtung beschränken. Der Regierungsvorsteher geht auf verschiedene Einzelwünsche ein. Man darf die Preisforderungen des Handwerks nicht zu hoch schrauben, da sonst die Industrie einschreitet und diese Gebiete wegnimmt. Unsere Industrie ist darauf angewiesen, auch von anderen Ländern Aufträge zu erhalten. Daran sollte man nicht denken. Die Jubiläumsausstellung kann durch Beihilfe Anlauf geben, daß sich auch kleine Meister auf dem Lande an der Ausstellung beteiligen. Die Gründung von gewerblichen Genossenschaften ist in erster Linie Aufgabe des Handwerkervereins und nicht der Gewerbeschüler. Die Beamten der Bezirksbauinspektion sind angewiesen, sich eines heftigen Tones zu befleißigen.

Abg. Dörmann (fortf.): Die Folgen des Lehrermangels an den Handels- und Gewerbeschulen sind ein Uebermaß von Ueberflüssen. Von den Handels- und Gewerbeschülern sollte das Abitur und eventl. einige Semester Hochschule verlangt werden. Man sollte für die Handels- und Gewerbeschulen so viel übrig haben, als für andere Schulen. Die Pforzheimer Industrie vermittelt vielfach den Verkehr mit dem Ausland; diesem Umstand sollte auch bei den Pforzheimer Handelsschulen Rechnung getragen werden.

Abg. Seibert (Zentr.) weist auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens hin. Verwunderlich ist, daß bei uns das Genossenschaftswesen nicht so forschreitet, als in Württemberg. Der Angliederung der Submissionsämter an die Handwerkskammern stimmen wir zu.

Abg. Stadinger (Soz.): Die organisatorischen Erfolge der Handwerker in unserm Lande sind gering. Sie haben zu ihrem Schaden den Wert des Organisationsgedankens zu spät erfaßt, ebenso wie sie sich heute noch im Schleppland reaktionärer Parteien bewegen. Die Schaffung der Handwerkerkassen war eine Tat. Der Redner behandelt verschiedene spezielle Pforzheimer Forderungen bezüglich der Handelsschulen. Die Einführung der Handelsjahresschule sollte von der Regierung mehr unterstützt werden. Das Ministerium wartet vor einer Unterstützung der Handelsschulen. Dies ist zu bebauern. Denn anderwärts sind damit gute Erfahrungen gemacht worden. Die Handelsjahresschulen liegen im Interesse des Prinzipals, da der Lehrling schon theoretisch ausgebildet ist, wenn er in die Lehre kommt. Jedoch auch für den späteren Gehalt trägt sie sehr viele Vorteile in sich, da vor allem der Unterricht ein geschlossener ist. Den vielen Privathandelschulen, die manche Auswüchse haben, wurde hierdurch etwas Besseres entgegengesetzt. Weiter sollte der fremdsprachliche Unterricht hierdurch mehr ge-

fördert werden, was besonders bei Pforzheimer Verhältnissen nötig ist, vor allem auch deshalb, um die ehemaligen Volksschüler mit fremden Sprachen vertraut zu machen. Die Gleichsetzung der Gewerbe- und Handelsschüler mit den Landwirtschaftslehren ist nötig. Wer will, daß sich Volksschüler in höherem Maße dem kaufmännischen Beruf zuwenden, der muß die Entwicklung der Handelsschulen fördern. Wegen der Frage der Handelsschulen sind in Pforzheim sehr loyal denkende Kommerzienräte auch sehr scharf gegen die Regierung aufgetreten. Dies sollte die Regierung zu einer Revidierung ihrer Ansicht veranlassen, da sie erkennen muß, daß es sich hier um eine Notwendigkeit handelt. Ich spreche den Wunsch aus, daß die provisorische Behandlung dieser Frage einer baldigen völligen Lösung im Sinne der Pforzheimer Wünsche Platz macht.

Abg. Genninger (Zentr.) weist auf die Notwendigkeit einer guten beruflichen Vorbildung hin. Der Redner bittet um einen höheren Staatszuschuß für die Gemeinden zu den Kosten der Gewerbeschule. Das Handwerk habe heute sehr schwer zu kämpfen. Die Warenhäuser sind gefährlich für den Mittelstand und für das laufende Publikum. Die Regierung sollte nicht zusehen, wie durch die Warenhäuser Hunderte von Existenzen ruiniert werden. Das Genossenschaftswesen ist ein doppeltes Schwert.

Abg. Dr. Blum (Nat.) bespricht das gewerbliche und kaufmännische Fortbildungswesen. Die Handelsschule ist nur ein schwacher Ersatz der fortlaufenden obligatorischen Handelsschule. Dem Wunsche nach einem höheren Zuschuß für die Pforzheimer Handelsschule sollte entsprochen werden.

Abg. Wiedemann (Zentr.) geht auf den derzeitigen Mangel an Handels- und Gewerbeschülern ein. Wenn die Volksschüler in größeren Städten an die Gewerbeschule gehen, so stellen sie sich schlechter als zuvor.

Abg. Mast (Zentr.): Es wäre zu begrüßen, wenn alle Unternehmer den Arbeitern so gegenübertraten würden, wie gestern Abg. Göhring meinte. Dies ist jedoch nicht so; wie die Wünsche des Kartells der schaffenden Arbeit beweisen. Die Interessen des Arbeiterstandes und des Mittelstandes schließen sich gegenseitig nicht aus. Der Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen wird von Meistern und Gesellen unterstützt. Durch die Handwerkerstreikbestrebungen hat sich das Handwerk gehoben, gleiches gilt auch von der Ausbildung des Nachwuchses. Bei weiblichen Lehrlingen wird man wohl zur zweijährigen Lehrzeit zurückkehren müssen. Noch ein größerer Schaden als durch die Warenhäuser wird dem Handelsgewerbe dadurch zugefügt, daß sich zu viele Leute im Handelsgewerbe selbständig machen und dadurch die Konkurrenz vergrößern.

Ministerialrat Schneider geht auf verschiedene Anregungen ein. Die Errichtung von Werkgenossenschaften stehen wir nicht entgegen. Mit der dreijährigen Lehrzeit der Handwerkerinnen sind wir bisher noch nicht auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Regierung wird auf dem Gebiete des Schulwesens der Stadt Pforzheim gerecht. Wenn wir der Handelsschule mehr zurückhaltend gegenüberstehen als der Pflichthandelschule, so geschah es deshalb, weil letztere den Kern der Handelsausbildung bilden, während mit der Handelsschule noch wenig Erfahrungen gemacht wurden.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß die Abg. Göhring (Nat.) und Gen. an ihrem Eventualantrag eine Abänderung dahingehend beantragt haben, daß die Worte „in einem Nachtragsbudget“ zu streichen sind, so daß der Antrag nunmehr die Errichtung von Submissionsämtern bei den Handwerkskammern wünscht, wofür die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden möchten.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Gewerbebeförderung und Petitionen. Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Die Budgetkommission

setzte gestern ihre Beratungen über das Unterrichtsbudget fort. Bezüglich des Wunsches der zweiten Beamten bei den Kreis- und Schulämtern in die Stelle der ersten Beamten einzurücken zu lan-

Im Namen der Religion: Arbeit u. Freiheit für die Arbeiter

So tief, woran zu erinnern unsern Frommen von heute jede peinlich ist, vor nunmehr 80 Jahren ein katholischer Priester aus, der später wegen seiner Verteidigung des Rechts auf Arbeit und weil er im Namen der Religion die Revolution gefordert hatte, ein Jahr ins Gefängnis geworfen und 1848 demonstrierte von den Proletariern zum Volksvertreter gewählt wurde. Dieser rote Priester, vor dem sich noch heute Geheul und Wehklagen heftigen, war der heute vor 60 Jahren gestorbene P. S. de Lamennais (spr.: lam'nä) in Paris. Da er nicht in unseren sozialistischen Parteien galtrische Nachahmer hat und sein Name Aufnahme gefunden hat in der Riste hervorragender Sozialisten, dürfte es angebracht sein, anlässlich seines Todes-tages (27. Febr.) die Erinnerung an ihn aufzuführen.

Was dem Leben dieses Priesters einen Wendepunkt gegeben hatte, war die Kulturrevolution gewesen. Vor allem, weil sich in ihm aufs wunderbarste der unerschütterliche Glaube mit einem gewaltigen Drang nach Freiheit des Denkens verband. In seiner Zeitschrift „l'Avenir“ (Zukunft) forderte er Reformen auf religiösem und politischem Gebiete, Freiheit des Unterrichts, der Presse und der Koalition. Was er wollte, ist in zwei Worten ausgedrückt: eine Koalition von Kirche und Demokratie, gegenwärtig eine Verbindung der späteren Ideen Lassalles und des des Thomas v. Aquino (1225-1274). Namentlich im Bund der Gelehrten, einer von Pflüchlingen in Paris 1834 gegründeten Verbandsorganisation, einer Zweigverbindung der Gesellschaft für Menschenrechte, die demokratisch-republikanische Ziele hatte, fanden seine Ideen großen Anklang. Ja, die berühmteste Schrift dieses durch die Revolution aufgerichteten Zeitalters, die 1834 erschienenen „Paroles d'un croquant“ (Worte eines Gähligens) wurden diesem Bunde geradezu zur Programmschrift. Sie fand derartig reißenden Absatz (auch in Deutschland usw.), daß in wenigen Jahren weit über hundert Auflagen des Büchleins erschienen und es in fast alle europäischen Sprachen übersetzt wurde.

Die Schrift vertrat zwar keinen reinen Kommunismus, wie die Gegner behaupteten, sondern nur eine Art christlichen Kommunismus, wollte Religion und Revolution vereinen und Christus als das Ideal der Menschen dargestellt wissen. Aber schon das genügte, die Bourgeoisie wild aufschreien zu lassen. „Das ist die rote Freiheitssünde auf das Kreuz gesetzt! Das ist die Apokalypse des Satans! Das ist Vabaus, gepredigt von Geheul!“

Lamennais gab dieser berühmt gewordenen Schrift, deren Inhalt wir namentlich unseren kriegsbegehrtesten Geistlichen um die Ohren schlagen können, die Form des Evangeliums. Angelen mit diesem religiösen Mantelchen donnerte er in glühend eindringlicher Sprache gegen die Reichen als Urheber des Elends der Massen. Man braucht sich nur die Massenlage und die Ideologie des damaligen Arbeiters vor Augen zu halten, um zu verstehen, welche Empfindungen diese Sprache wachrufen mußte (wir zitieren nach der meisterhaften Uebersetzung Ludwig Börmes):

Im Anbeginn war dem Menschen die Arbeit nicht nötig; die Erde verschaffte ihm von selbst seine Bedürfnisse. Aber Gott

hat, als sich die Menschen gegen ihn auflehnten, sie zur Arbeit gezwungen. Und Gott gab ihnen auch diese Vorbedingung: Selbst einander, denn es gibt Starke und Schwache unter euch, Kranke und die sich wohlhabenden, und es sollen alle leben.

Und wenn ihr so tut, werden alle leben, denn ich werde das Mittel beschaffen, das ihr für eure Brüder habt und ich werde euren Schwelch fruchtbar machen. . .

Nie hat man gesehen, daß dem, der seinen Brüdern beistand, es an Brot mangelte.

Da gab es einst einen Mann, der war ruchslos und vom Himmel verflucht. Und dieser Mann war stark und bahrte die Arbeit, jedoch er bei sich sprach: Was beginne ich? Wenn ich nicht arbeite, muß ich sterben und die Arbeit ist mir unerträglich.

Sofort schlich sich ein Söllengedanke in sein Herz. Er machte sich des Nachts auf und ergriff einige von seinen Brüdern, während sie schliefen, und belästigte sie mit Ketten.

Denn, sagte er, ich werde sie mit Ketten und Peitschen zwingen, für mich zu arbeiten und ich werde die Frucht ihrer Arbeit verzeihen.

Und er tat, wie er ausgesonnen und andere, als sie das sahen, machten es ebenso und es gab keine Brüder mehr, es gab nur Herren und Knechte.

Dieser Tag war ein Tag der Trauer über der ganzen Erde. Lange nachher kam ein Mensch, der war noch schlechter als der erste und noch ärger vom Himmel verflucht.

Als dieser sah, daß sich die Menschen überall vermehrt hatten und daß ihre Menge unzählig war, sagte er bei sich: ich könnte vielleicht einige fesseln und sie zwingen, für mich zu arbeiten, allein ich müßte sie ernähren und das würde meinen Gewinn vermindern. Das wollen wir besser machen, sie sollen uns nicht arbeiten. Es ist wahr, sie werden sterben: aber da ihre Zahl groß ist, werde ich, ehe sie sich vermehren haben, Reich-tümer zusammenhäufen und es wird mir immer genug bleiben.

Nun lebte aber jene ganze Menge von dem, was sie an Austausch für ihre Arbeit bekam.

Da er nun gesprochen, wandte er sich besonders an einige und sagte ihnen: Ihr arbeitet 8 Stunden lang und man gibt euch ein Stück Geld für eure Arbeit. Arbeitet ihr 12 Stunden lang und ihr werdet zwei Stücke Geld gewinnen und ihr werdet besser leben, ihr, eure Weiber und eure Kinder.

Und sie glaubten ihm.

Darauf sagte er ihnen: Ihr arbeitet nur die Hälfte aller Tage im Jahre, arbeitet alle Tages des Jahres und euer Gewinn wird sich verdoppeln.

Und sie glaubten ihm das auch.

Nun aber geschah, daß die Menge der Arbeiter um die Hälfte angewachsen, ohne daß das Bedürfnis nach Arbeit größer geworden war, die Hälfte aller derer, die früher von ihrem Tagewerk gelebt, keinen mehr fanden, der sie verwendete.

Darauf sagte ihnen der ruchslose Mensch, dem sie geglaubt hatten: ich werde euch allen Arbeit geben unter der Bedingung, daß ihr die nämliche Zeit wie früher arbeitet, ich will euch aber nur die Hälfte von dem bezahlen, was ich euch bis jetzt bezahlte; denn ich will euch wohl helfen, aber ich kann mich nicht zugrunde richten.

Und da sie Hunger hatten, sie ihre Weiber und ihre Kinder, nahmen sie die Vorbedingung des schlechten Menschen an und folgten ihm; denn, sagten sie, er gibt uns das Leben.

Und so sie immer fort und fort betrügend, vermehrte der ruchslose Mensch immer ihre Arbeit und verminderte immer mehr ihren Lohn.

Und sie starben aus Mangel am nötigsten Bedarf und andere drängten sich, sie zu erlösen; denn die Dürftigkeit war so groß in diesem Lande geworden, daß ganze Familien sich um ein Stück Brot verkauften.

Und der vermorrhene Mensch, der seine Brüder mit Zug gekaufte, kaufte größere Reichtümer auf, als der andere Vermorrhene, der ihnen Gewalt angetan.

Dieser heißt Thranen, der andere hat nur in der Hölle einen Namen!

Noch wirksamere waren die Worte, mit denen Lamennais gegen die Gewaltthäter zu Felde zog:

„Alle sind gleich geboren, keiner bringt das Recht, zu herrschen mit auf die Welt. . . Die Sünde hat die Könige erzeugt. . . In der Waagschale des ewigen Rechts wiegt euer Wille schwerer als der Wille des Königs, denn die Könige sind gemacht für die Völker, aber nicht die Völker für die Könige. Der himmlische Vater gab seine Gliedmaßen nicht, daß sie durch Fesseln gebunden würden, noch die Seele, daß sie durch Anmaßung getötet werde.“

Ganz besonders aber fiel den Herrschenden auf die Herzen, was dieser aufrechte Priester über die Freiheit sagte:

„Lacht euch nicht hinter's Licht führen durch eitle Reden. Manche Leute wollen euch beschwören, als wäret ihr wahrhaftig frei, weil sie das Wort Freiheit auf ein Stück Papier und an alle Kreuzwege geschrieben haben.“

Die Freiheit ist kein Maueranschlag, die man im Winkel einer Gasse liest. Sie ist eine lebendige Kraft, die man in sich und um sich fühlt, der Schutzgeist des häuslichen Lebens, Gewähltesterin der bürgerlichen Rechte und das erste dieser Rechte.

Der Unterdrückte, der sich hinter ihrem Namen versteckt, ist der Verrückteste von allen, denn er verbindet die Lüge mit der Tyrannie und mit der Ungerechtigkeit und Heiligung, denn der Name der Freiheit ist heilig.

Gütet euch also vor denen, die da sagen: Freiheit, Freiheit und sie durch ihre Taten zerstören. . .

Die Freiheit wird leuchten über euch, sobald ihr Kraft des Mutes und der Ausdauer euch von allen Dienstbarkeiten befreit habt! Die Freiheit wird leuchten über euch, sobald ihr aus innerster Seele sprecht: Wir wollen frei sein; sobald ihr, um es zu werden, bereit seid, alles zu opfern und alles zu erdulden.

Die Freiheit wird leuchten über euch, wenn ihr am Fuße des Kreuzes, an dem Christus für euch starb, werdet geschworen haben, einer für den andern zu sterben!“

Das war vor 80 Jahren. Und heute? Heute versuchen die Diener der Kirche anstatt Lassalle und die Kirchenbäter lieber den Krieg und die Ausbeutung mit der christlichen Ethik in Einklang zu bringen, Massenmord und Arbeiterelend als etwas Gottgemolltes auszugeben und der Tyrannie und Unterdrückung den Segen zu spenden. Und daneben die Arbeiter zur Zwingen, mit frommem Augenaufschlag einzustimmen in die Litanei, „wie herrlich weit wir es doch gebracht!“

Ganz anders aber ist, was drohend in Erfüllung heischend das aufgeklärte Volk im Namen des neuen Evangeliums der Menschheitsbefreiung von den Mächtigen von heute forbert!

nen, erklärt die Regierung, daß dieser Wunsch reichlich erfüllt komme, denn die zweiten Beamten bei den Kreisämtern seien erst durch das Gesetz vom Jahre 1910 geschaffen worden. Im allgemeinen müßten diese Stellen den akademisch gebildeten Beamten vorbehalten werden. Nach der Gehaltsordnung sei es aber möglich, daß auch besonders tüchtige mittlere Beamte zu höheren Beamten befördert werden können. Sofern sich dazu bei den zweiten Beamten der Kreisämter Gelegenheit bietet, werde die Regierung davon Gebrauch machen. Auf Anfrage wegen der Einbeziehung der für die Schulleiter vorgesehenen Dienstzulage von 200 Mk. in die Pension erklärte die Regierung, daß diese Frage bei der bevorstehenden Revision des Gehaltsstufensystems geprüft werde. Weiterhin gibt der Minister bekannt, daß jetzt noch 271 Lehrstellen besetzt werden müssen, um der gesetzlichen Bestimmung zu genügen, wonach auf eine Lehrkraft nicht mehr als 70 Schüler entfallen sollen. Aus der Mitte der Kommission wird der Wunsch geäußert, die für bedürftige Gemeinden vorgesehenen Staatszuschüsse für Schulhausbauten zu erhöhen und bei der Gewährung der Zuschüsse möglichst entgegenkommend zu sein. Die Kommission stimmt dem Volkschulbudget zu. Der Antrag der Konservativen auf Übernahme der von den Gemeinden für die Lehrer zu leistenden Beiträge auf den Staat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Konservativen abgelehnt, ebenso wird der Antrag Dr. Frank u. Gen., der die Aufhebung des Schulgeldes für die Volksschule und die Einführung von Schuldotationen für bedürftige Gemeinden fordert, abgelehnt.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung
behandelte gestern die von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite eingereichten Anträge betr. die Erhöhung der Freigrenze bei der Einkommensteuer. Der sozialdemokratische Antrag verlangt die Freigrenze auf 1200 Mk. fixiert, sowie daß das Einkommen der Ehefrau nicht mit dem des Mannes zusammengerechnet, sondern für sich selbständig veranlagt werden soll. Seitens der Regierung wird geltend gemacht, daß im jetzigen Moment die Staatskasse keinen Anfall von über einer Million ertragen könne, es ginge auch nicht in, etwa den Steuerausfall durch die größeren Einkommen zu decken, da Baden überhaupt die großen Einkommen und Vermögen im Gegensatz zu den anderen Bundesstaaten überaus stark herangezogen habe. Die größte Voricht sei geboten und die Regierung möchte vor weiteren Belastungen nach oben hin warnen. Die Möglichkeit der Bundesstaaten auf dem Steuergebiet sei vorhanden und es sei für die einzelnen dieser Bundesstaaten schwer, seine Industrie halten oder gar vermehren zu können, sofern er dem andern Bundesstaate gegenüber die Vermögen und die hohen Einkommen übermäßig zur Steuer heranzieht. Diesen Ausführungen der Regierung gegenüber wurde von Seiten der Antragsteller geltend gemacht, daß die Steuerfreigrenze von 1200 Mk. eine Sache der Gerechtigkeit und der Selbstverständlichkeit sein sollte. Man habe beim Generalparolen für die Besteuerung gesehen, daß noch Reichum genug im Lande vorhanden sei, um den Steuerausfall von über einer Million zugunsten der Armen decken zu können. Von Zentrumsseite wurde einer Jungesellensteuer das Wort geredet, die Regierung hat aber dagegen Bedenken verschiedener Art. Einer angeregten Auguststeuer gegenüber bemerkt die Regierung, daß auf dem Gebiet nicht allzuviel zu holen sei. Die Wertzuwachssteuer soll nach Ansicht der Regierung nicht weiter ausgebaut werden. Von der Rendite des staatlichen Vermögens dürfe man vorläufig sich nicht allzuviel versprechen, es sei gemüßigt worden, daß diese Rendite nicht der allgemeinen Staatskasse direkt zufließen solle. Sodann wurde von nationalliberaler Seite angeregt, man möge zuerst eine Erleichterung bei der Gemeindesteuer herbeiführen, bevor man in der jetzigen Zeit an den Staat herantrete. Weitere Vorschläge in bezug auf kinderreiche Familien resp. deren steuerliche Begünstigung wurden ebenfalls gemacht, allein die Regierung lehnt alle Anträge ab. Sie verweist auf Sachfen, wo die Einkommensteuerverhältnisse für den kleinen Mann ungünstiger lägen als in Baden, sie verweist ferner auf die künftigen sozialen Reformen, die mit Notwendigkeit dem Staate zur Auflage gemacht werden. Die Kommission vertagt die Beratung, um den Parteien Gelegenheit zur eingehenden Beratung der verschiedenen diesbezüglichen Anregungen anheimzustellen.

Badische Politik.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums.

Bekanntlich hat unsere Fraktion im Landtage einen Antrag zur Arbeitslosenfürsorge eingebracht, der u. a. die Einstellung von 100 000 Mark in den Etat zur Unterstützung der Arbeitslosen verlangt. Dem Zentrum nahestehende Organisationen, so die christlichen Gewerkschaften, haben auch ihrerseits einen Antrag zur Arbeitslosenfrage eingebracht, der freilich mehr als platonisch und farblos anmutet und sich damit begnügt, die Regierung zu ersuchen, sie möge die „erforderlichen Mittel“ zu Zuschüssen an die Kommunen „bereitstellen“. Dieser letztere Antrag stellt es also ins Belieben der Regierung, die erforderliche Summe zu bestimmen, während unser Antrag sofort praktisch-politisch zur Beschleunigung der ganzen Angelegenheit Einstellung von 100 000 Mk. in den Etat fordert.

Man sollte nun meinen, daß eine Partei, die vor sich arbeiterfreundlich ist und dies nicht nur vorgibt, sich sofort auf den Boden dieses gewiß mehr als geredigtartigen Vorschlages stellen und alles tun werde, um ihm zur Durchführung zu verhelfen. Statt dessen, was geschieht? Aus kleinlicher Eifersüchtelei gegenüber der Sozialdemokratie tritt die Zentrumsfraktion diesem Antrag entgegen, liefert als freiwillige Regierungshelferin dem Ministerium Waffen gegen unseren Vorschlag, legt ihm förmlich eine Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung nahe. Es darf eben nicht sein, daß ein sozialdemokratischer Antrag zugunsten der Arbeiter Annahme findet. Darum muß die geforderte Summe „zu hoch“ und „gar nicht nötig“ sein. So nämlich schreibt der schwarze „Freiburger Bot“:

„Außerdem liegt dem Landtag ein Antrag der Sozialdemokratie vor, wonach die Regierung 100 000 Mk. in den Staatshaushalt für den oben unter c. erwähnten Zweck einstellen soll. Die Summe ist reichlich hoch gegriffen, uneres Erachtens zu hoch, um wirklich gewährt zu werden. In dieser Höhe ist sie überhaupt zu gering. Da die von den drei genannten Städten (Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe) für die Arbeitslosenunterstützung ausgeworfenen Mittel sich noch in ganz bescheidenen Rahmen halten. Damit erreicht man nur, daß die Gegner der Arbeitslosenfürsorge mit mehr oder weniger Recht von den Uebertreibungen der Sozialdemokratie reden können, die von dieser sozialen Maßnahme abhalten müßten. Bereits hat der Verband der Metallindustriellen Wadens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke sowohl die Regierung wie die Kommunen vor der Arbeitslosenversicherung gewarnt, unter Hinweis auf die Uebertreibungen und den Mißbrauch der Sozialdemokratie. Man darf jedoch hoffen, daß, wie die

übrige Sozialversicherung, auch die Arbeitslosenversicherung markiert — trotz der Sozialdemokratie!

Das ist die zentriale Arbeiterfreundlichkeit in ihrer vollen Glorie! So wird das Ding so lange gedreht und gewendet, bis es schließlich soweit ist, daß die Sozialdemokratie der eigentliche Grund ist, weswegen den Arbeitslosen nichts gewährt werden kann. 100 000 Mark ist zuviel für die Arbeitslosen! Das mögen sich die Arbeiter merken! Das Zentrum, das im Reich und in den Einzelstaaten so bewilligungseifrig, das Hunderttausende für die unnützigsten Zwecke schon bewilligt hat, daselbe Zentrum, das jetzt wieder mit Hurra staatliche Gelder für die von der Regierung selbst für „nicht absolut nötig“ erklärte Münchner Gesandtschaft bewilligen wird, daselbe Zentrum, das die Verlängerung des staatlichen Zuschusses an die Geistlichen für die selbstverständliche Sache von der Welt erklärt, dieses selbe Zentrum findet 100 000 Mk. für die Arbeitslosen zu viel und möchte knausern. Hier handelt es sich eben nicht um Geistliche, auch nicht um einen bössigen Kuruzweck, sondern „bloß“ um Arbeitslose, hungernde und kranke Proletariatskinder!

Merkwürdige Praktiken.

Bekanntlich hat die Zweite Kammer des bad. Landtags bislang noch keine endgültige Entscheidung über die Wahlprüfung des Abg. Schöpfle (46. Landtagswahlkreis) gefällt. Fortdauernd bemüht sich aber der liberale „M. Courier“ in Ettlingen, den „fortschrittlich-nationalliberalen“ Kandidaten, Herrn Bibliothekar Lohr, jahrmärz-mäßig aus den Reihen der Guten anzupreisen. So auch neulich wieder, da das Blatt schreibt:

„Darüber besteht bei Sozialdemokraten, Liberalen und den beiden Gegenparteien im ganzen Bezirk kein Zweifel, daß nur ein Kandidat dem Abgeordneten des Zentrums und der Konservativen mit Aussicht auf Erfolg entgegengesetzt werden kann: das ist Bibliothekar Hermann Lohr.“

Das ist Mumpitz und entspricht den Tatsachen nicht. Wir meinen aber, daß es an der Zeit ist, daß die Liberalen sich in den Kenderien aufhören. Sie wissen, wie die Kreide steht — oder sollten es wenigstens wissen, wenn es ihnen mit der Bekämpfung der Reaktion überhaupt ernst ist. Wenn sie aber „Jerichow“ spielen wollen — auch gut!

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Februar.

Am Bundesratssitz ist der Präsident des Reichseisenbahnamts Waderyapp erschienen. Vizepräsident Dr. Kaasche eröffnet die Sitzung um 1.16 Uhr. — Die zweite Beratung des Etats des Reichseisenbahnamts wird fortgesetzt.

Abg. Stolle (Soz.): Ich bitte den Präsidenten des Reichseisenbahnamts, uns über die Erfolge der Konferenz, die sich mit dem internationalen Güter- und Personenverkehr beschäftigt hat, Mitteilungen zu machen. Durch den preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg werden nicht nur die Interessen von Handel und Industrie in Sachsen, sondern auch die der dortigen Arbeiter geschädigt. Die Befugnisse des Reichseisenbahnamts müßten ganz anders gestaltet werden. Die Behandlung der Eisenbahnbeamten läßt viel zu wünschen übrig. Das Reichseisenbahnamt sollte alles tun, um die Sicherheit des Betriebes zu erhöhen. Wenn eine Partei für sich in Anspruch nehmen kann, die Arbeiterinteressen vertreten zu haben, so ist es die unsrige.

Abg. Kist (Natl.): Eine Betriebsgemeinschaft muß die Folge des Staatsbahnmagazinverbandes sein. Auf die Vorlegung einer Denkschrift über die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens können wir nicht verzichten. Die württembergische Kammer hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft der deutschen Eisenbahnverwaltungen geschaffen werde. Insbesondere wurde gewünscht, daß Umleitungen im Güterverkehr als dem Wortlaut der Reichsverfassung widersprechend nicht zugelassen werden. Tatsächlich besteht trotz aller Ablehnungen doch ein preussisch-sächsischer Eisenbahnkrieg. Die Schaffung der sogenannten Fehmarn-Linie und die Verbindung Süddeutschlands mit den Hansestädten und Kopenhagen liegt im wichtigsten Interesse Süddeutschlands. Die Ausdehnung der Ausnahmestellung hat zu einem Kampf zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den süddeutschen Verwaltungen geführt. Dem Projekt der Einführung einer Reichseisenbahngemeinschaft siehe ich für meine Person sehr skeptisch gegenüber, ebenso die meisten Staatsbahnen, da sie dann ein Übergewicht des preussischen Einflusses fürchten. Vielleicht ließe es sich so machen, daß das preussisch-sächsische Eisenbahnnetz als solches bestehen bleibt und alle anderen Verwaltungen, so die sächsische, bayerische, württembergische, elsass-lothringische und die anderen zu einer Reichseisenbahn zusammenzuschließen.

Abg. Siebenbürgen (Kons.): Die jetzigen Bestimmungen über die Viehtransporte sind, soweit sie die Schweine angehen, geradezu tierquälerisch. Vielleicht ließe sich eine Einigung zwischen den Viehhändlern und den Eisenbahnverwaltungen dahin treffen, daß die Viehtransporte an bestimmten Tagen stattfinden und daß die Schnelligkeit der betreffenden Züge erhöht wird.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Dem Wunsch auf Einrichtung von Schlafwagen dritter Klasse gegenüber sollte sich das Reichseisenbahnamt nicht ablehnend verhalten.

Abg. Koch (Fortschr.): Dem Wunsch auf Einrichtung eines einseitigen Tunnel hinter Eisleben beifügt wird.

Abg. Fischer (Soz.): Erst die Reichseisenbahngemeinschaft wird alle berechtigten Klagen beseitigen können. Die Eisenbahnen sollen der Kultur dienen und doch bleiben wichtige Gegenstände unberücksichtigt.

Abg. Schürmer (Zentr.): Nicht nur das bayerische Zentrum, auch der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, v. Vollmar, hat sich immer wieder gegen die Reichseisenbahnen ausgesprochen. Wir haben keine Lust, auf unsere Bahnen zu verzichten.

Abg. Zimmermann (Natl.): Die Fehmarn-Linie mag für Süd- und Westdeutschland von Interesse sein, Mittel-, Ost- und Norddeutschland sind aber völlig mit den jetzigen Verbindungen zufrieden. Mecklenburg hat mit großen Opfern die Linie Warnemünde-Greifswald-Kopenhagen geschaffen. Eine bequemere Verbindung kann für Berlin und sein Hinterland gar nicht geschaffen werden.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderyapp: Von einer mangelhaften Sicherheit, insbesondere auf den sächsischen Eisenbahnlinien, kann keine Rede sein. Der Wagenpark wird ständig vermehrt. Die Untersuchung über das Unglück in Harsrasfelden ist noch nicht abgeschlossen. Noch 16 Tage vor dem Unglück wurde eine Prüfung des Tunnels vorgenommen. Beim Umkreisverkehr hat sich Preußen stets lokal verhalten. Ein Bedürfnis für Arbeiterfabriken auf 100 Kilometer ist nicht vorhanden. Das deutsche Eisenbahnwesen ist gesund und wird gesund bleiben.

Abg. Dr. Dertel (Kons.): Außer Württemberg will Süddeutschland keine Eisenbahngemeinschaft. Das Raubverbot in den Speisevagen ist eine Qual. Der Rauch selbst der schlechte-

sten Zigarre kann dazu dienen, die Luft im Speisevagen zu verbessern. (Seiterkeit.) Auf den bayerischen Bahnen ist das Rauchverbot gestatt, nur von den preussischen Grenzpfähnen an nicht mehr. Das widerspricht dem Artikel 42 der Reichsverfassung. (Große Seiterkeit.)

Abg. Gaas-Karlsruhe (Fortschr.) wünscht die Einführung der dritten Wagenklasse bei Schnellzügen auf der reichseisenbahnen Bahn.

Präsident Waderyapp jagt Prüfung dieses Wunsches an. Darauf wird der Etat des Reichseisenbahnamts bewilligt. Es folgt der Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.):

Die Personalunion der preussischen und der Reichseisenbahnen könnte legendär sein, wenn nur nicht der preussische Geist dabei zu gut und das Verkehrsbedürfnis der Elsass-Lothringer zu schlecht wärgäme. Die großen Uebertreibungen sollen zum Ausbau des reichsständigen Bahnetzes benutzt werden. Wären die Lohnsätze in Rülhausen eingehalten worden, so wären die beiden Menschenleben nicht zu beklagen. Den elsass-lothringischen Landtagsabgeordneten ist die Freikarte verweigert worden mit dem Bescheid: Dem Wunsch kann nicht entgegen werden. Eine Begründung für diese schoddrige Ablehnung (Präsident Dr. Kaasche ruft den Abg. Fuchs nachträglich) ist nicht abgegeben worden. Die Bezahlung der unteren und mittleren Beamten ist ungenügend und die Dienstzeit zu lang.

Abg. Schwabach (Natl.): Die Forderung, daß die erheblichen Uebertreibungen lediglich dem Reichslande zugutekommen, ist nicht berechtigt, da in früheren Jahren das Reich das nicht unerhebliche Defizit getragen hat. Die Lohnverhältnisse haben sich gebessert. Für die Altrentniäre muß besser gefordert werden. Eine Erhöhung der Pensionszahl der Güterwagen ist notwendig. Die Fahrkartensteuer muß unbedingt beseitigt werden.

Präsident Dr. Kaasche ruft den Abg. Fuchs nachträglich zur Ordnung, weil er der Reichseisenbahn Reichsvertretung vorgeworfen hat.

Minister v. Breitenbach: Gegenüber den Beanstandungen der Personalunion des Chefs der preussischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen betone ich, daß gerade diese für Elsass-Lothringen von einem eminenten wirtschaftlichen Nutzen ist. Gerade der Anschluß der Reichseisenbahnen an die preussischen Staatsbahnen hat dem Lande außerordentliche Vorteile gebracht. Unter den gesamten Eisenbahnen, ausgenommen, die des Königreichs Sachsen, ist es kein Land, das einen so hohen Personenzugverkehr hat wie das Reichsland. (Hört, hört!)

Die Klage des Abg. Fuchs, daß die Bevölkerung von Elsass-Lothringen nicht gehört werde über die Bedürfnisse des Landes, ist nicht zutreffend. Das Anlagekapital muß naturgemäß dem Reiche zurückgeführt werden. Die elsass-lothringische Industrie erhält von uns außerordentlich große Arbeitsaufträge. An den Vorgängen in Rülhausen ist die Verwaltung nicht beteiligt. Die Differenzen entstanden bei einer Firma, die sich dem Tarifvertrag nicht angeschlossen hatte, aber ausreichende Löhne zahlte. Beamtenauschüsse brauchen wir nicht, denn die Stellung unserer Beamten ist so vertrauensvoll, daß wir derzeitige Mittelspersonen entbehren können. Für das Personal der Reichseisenbahnen ist außerordentlich viel gegeben; das war aber nur möglich angefaßt der großen Leistungsfähigkeit der Reichseisenbahnen. Von einer Ausbeutung der Arbeitskräfte ist keine Rede; auf die Akkordarbeit können wir nicht verzichten im Interesse der Verwaltung wie in dem der Arbeiter.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Vorher kurze Anfragen. Schluß 7 Uhr.

Neues vom Tage.

Großes Explosionsunglück. — 10 Menschen umgekommen.

Berlin, 26. Febr. In der Anilinfabrik in Rummelsburg erfolgte heute vormittag eine gewaltige Kesselexplosion, die große Verheerungen anrichtete. Verschiedene Fabrikanlagen stürzten zusammen und gerieten in Brand. Das Feuer nahm sehr schnell infolge der vielen leicht brennbaren Stoffe einen großen Umfang an, so daß eine große Anzahl Berliner Wäsgänge herbeigerufen werden mußte. Die Explosion erfolgte unter jurdäbarem Getöse und hatte eine erdbebenartige Erschütterung zur Folge. Die ganze Gegend war in bichten Analm gehüllt, die Fabrikhöfe voll giftiger Gase, so daß die Feuerwehr bis 12 Uhr mittags nicht vordringen konnte. Kurzzeit der Explosion befanden sich über 400 Arbeiter in der Fabrik. Alles fürzte hinaus. Mehrere Leute, die sich im Explosionsraume befanden, wurden vermisst. Die Zentrale für Rettungsdienste wurde sofort alarmiert.

Berlin, 26. Febr. In dem Explosionsunglück in der Anilinfabrik in Rummelsburg wird noch gemeldet: Bis jetzt wurden 10 Todesopfer geborgen. Außerdem wurden noch 10 Personen mehr oder weniger schwer verletzt ins Krankenhaus in Rummelsburg gebracht. Einzelne der Verletzten gehören zu dem Personal der Fabrik, andere sind Privatleute, die zufällig an der Unfallstelle vorübergingen. Außerdem werden noch fünf Personen vermisst, die unter den Trümmern des eingestürzten Fabrikgebäudes liegen und zweifellos den Tod gefunden haben.

Berlin, 26. Febr. Die Alltagsgesellschaft für Anilinfabrikation teilt mit: Durch die heute vormittag in unserer Rummelsburger Fabrik erfolgte Explosion eines Nitroperoxygefäßes ist die Nitrobenzolfabrik gerichtet worden. Der Explosion sind zehn tote zum Opfer gefallen, darunter ein Ingenieur und drei Arbeiter. Die Schwerverletzten sollen sich außer Lebensgefahr befinden. Die Ursache der Explosion hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Berlin, 26. Febr. Die Explosion in der Anilinfabrik in Rummelsburg war so stark, daß auf 1000 Meter Entfernung Fenster scheiben und Ziegelsteine sprangen. Gegen 2 Uhr war die Gefahr auf berllinglücksdichte beseitigt, so daß die Feuerwehren abrücken konnten bis auf die Richtenberger Feuerwehre, die noch mit dem Löschen beschäftigt ist. Der Fabrikbetrieb dürfte morgen schon wieder aufgenommen werden. Eine Gerichtskommission ist eingesetzt, um die Ursachen der Explosion festzustellen. Die Explosion soll in der Entzündung eines Nitrobenzolapparates zu suchen sein, der von dem seit 30 Jahren in der Fabrik beschäftigten Meister Kosjowski aus Charlottenburg bedient wurde. Dieser ist ums Leben gekommen. Ein bei der Explosion schwer verletzter Arbeiter fürzte stöhnend in die Spree und ist ertrunken. Seine Leiche konnte geborgen werden.

Tragischer Doppelselbstmord.

Reife, 25. Febr. Hier hat sich heute früh ein Vorfall abgespielt, wie er in der preussischen Armee noch nicht vorgekommen ist. Der Kommandeur der 24. Infanteriebrigade, Generalmajor Weh, wurde, als er seine Vorkämen, zwei aktive Soldaten, die nicht rechtzeitig zum Dienst erschienen, kontrollieren wollte, von den Vorkämen überfallen und mißhandelt. Die Täter sind entflohen. — Wie sich später herausstellte, haben sich die beiden Vorkämen bei der Station Wilsdorf auf der Bahnstrecke Reife-Oppeln von einem Zuge überfahren lassen. Als der Güterzug 7.13, der von Oppeln kam, die Station Wilsdorf verlassen wollte, bemerkte das Inspektorat dicht hinter der Station zwei Leichen auf den Schienen. Es war ein Kavallerist und ein Infanterist, die beiden Vorkämen des Generals. Dem Kavallerist war der Kopf vollständig abgefahren. Der Körper lag zwischen den Schienen. Der Kopf des Infanteristen, dessen Abstellkasten die Nummer 62 trug, hing nur noch lose am Hals. Die Leichen wurde bis zum Eintreffen der Gerichtskommission, die sofort benachrichtigt wurde, an Ort und Stelle liegen gelassen und dann in das Bahnhofsgebäude gebracht, von wo sie nach Reife transportiert wurden.

Spä-
tung in
Fische
sich viel
das Ger-

Ken-
die Le-
gen in
Oregan
arbeits-

Bei
gel gef-
durch F-
senwär-
durch de-
fallen,
aus auf-
durch de-
die Zim-
erklärte,
die ihn

Ron-
hand in
beziehen
eine F-
Zob de-
16, mei-
stunt in
heraus,
den rau-

In
hatt. I
ses am

zur Ver-
überall
sigung

Wie
fular m
auf der
sprechen
sich bere-
t e a g s
Sozialis-

In
Zur
im Oze-
Die
dort teil-
Anmeld-
nicht ab-

* S-
zialdem-
merfcham
9 Uhr, i
in welch-
das sech-
schen un-
wartet.

Auf
it and
die am
nachmitt-
vom gen-
wichtigen
girtes a

* C-
feiten m
nieberge-
traut Ur-
hoben.

* Forst-
in seine
Reichs-
rüber e-
der auf-
tore Br-
* Forst-
lage die
Stremata

* B-
wird Re-
den Ob-
erkalten

Durlach
* A-
abend ge-
Nachdem
und Ger-
den, vor-
angeleg-
* A-
schluß d-
Durlach
als un-
führung
Sanktau-
jorium

Folgenreicher Scherz.
 Würzburg, 26. Febr. Während einer Karnevalsunterhaltung in einem Nachbardorfe wurde einem Schneider, als er vom Tische aufstand, aus Uebermut der Stuhl weggezogen. Als er sich wieder setzen wollte, fiel er so unglücklich zu Boden, daß er das Genick brach und auf der Stelle tot war.

Verweilungsstat der Arbeitslosen.
 Krensberg, 25. Febr. In Holtershausen fanden Schulfinder die Leiden zweier Arbeiter, die gemeinsam Selbstmord begangen hatten. Es handelt sich um die österreichischen Arbeiter Gregor und Feldmeister. Beide waren schon seit längerer Zeit arbeitslos.

Wahnwüthiger Massenmörder.
 Paris, 26. Febr. In der Ortschaft Guitres bei Bordeaux hat gestern ein vom Wahnwüthigen mehrere Personen durch Flintenschüsse teils getötet, teils schwer verletzt. Der Massenmörder ist von Beruf Sutmachergehilfe. Bei der Wanderung durch das Dorf Guitres wurde er plötzlich vom Wahnwüthigen gefangen. Er ging in ein Haus und begann von einem Fenster aus auf die Passanten zu schießen. Als man den Wahnwüthigen durch eine Stinbombe austräufeln wollte, warf er schließlich die Wunde auf die Straße und ließ sich ruhig festnehmen. Er erklärte, daß er sich an denjenigen Leuten habe rächen wollen, die ihn zu vergiften versucht hätten.

Brand in einem Kinematographentheater.
 Rom, 26. Febr. Durch die Explosion einer Filmrolle entstand in einem Kinematographentheater in Salerno ein Brand. In dem vollbesetzten Zuschauerraum brach eine Panik aus. Da Salerno keine Feuerwehr besitzt, wurden Soldaten zur Hilfe gerufen. Trotz dem Opfermut derselben kamen 5 Personen ums Leben. 16, meistens Kinder, wurden schwer verletzt. Als der Saal geräumt war und die Soldaten zum Appell antraten, stellte sich heraus, daß zwei Mann fehlten. Man fand ihre Leichen unter den rauchenden Trümmern.

Aus der Partei.

In unsere Parteigenossen!
 In Karlsruhe findet am 1. März eine Flugblattverteilung statt. Dasselbe Flugblatt soll in den übrigen Orten des Kreises am

Sonntag den 8. März

zur Verteilung gelangen und ersuchen wir die Genossen, allüberall sich den Ortsvorständen und Vertrauensleuten zur Verfügung zu stellen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins
 10. bad. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.

7. Reichstagswahlkreis.

Wie wir den Parteigenossen schon früher durch Zirkular mitteilen, ist die Kreisleitung nunmehr in der Lage, dem auf der letzten Kreisversammlung geäußerten Wunsch zu entsprechen. Genosse **Trinks**, Parteisekretär in Karlsruhe, hat sich bereit erklärt, im 7. Kreise an drei Orten je einen Vortrag zu halten von 8 Vorträgen über „Die Geschichte des Sozialismus“ abzuhalten. Die Vorträge finden wie folgt statt:

In **Offenburg** jeweils Samstag abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum „Anker“. Beginn am Samstag, 7. März.

In **Rehl** jeweils Sonntag nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zur „Verneigung“. Erster Vortrag am Sonntag, 1. März.

In **Rehl** a. S. jeweils Sonntag vormittags halb 10 Uhr im Gasthaus zum „Wären“. Erster Vortrag Sonntag, 1. März.

Die Genossen aus den umliegenden Orten werden ersucht, dort teilzunehmen, wo es ihnen am bequemsten ist. Wer seine Anmeldung den Vorständen des örtlichen Parteiverbands noch nicht abgegeben hat, der tue es sofort.

Der Kreisvorstand.

Gagfeld, 27. Febr. Wir machen die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins und die Volksgenossen darauf aufmerksam, daß am **Samstag, 28. Februar**, abends halb 9 Uhr, in der „Friedrichstr.“ eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse **Leppert** Entlingen referieren wird über das sehr zeitgemäße Thema: „Aktuelle Fragen aus der deutschen und badischen Politik“. Es wird vollständiger Besuch erwartet.

Kommunalpolitik.

Gemeindevertreter-Konferenz.

Auf die Gemeindevertreter- und Vorstände-Konferenz für den Bezirk Bruchsal, die am Sonntag, 1. März in Ubstadt im „Ritter“, nachmittags 3 Uhr stattfindet, wird wiederholt aufmerksam gemacht. Da die Tagesordnung eine außerordentlich wichtige ist, wird erwartet, daß sämtliche Orte dieses Bezirkes auf der Konferenz vertreten sind.

Ein Kommunalstreit in Ruffheim. Infolge Zwistigkeiten mit dem Gemeinderat hat Bürgermeister **Geis** sein Amt niedergelegt. Ein Gemeinderat wurde, wegen Wahlbergehens trotz Urteils des Gr. Landgerichts Karlsruhe seines Amtes enthoben.

Bau einer Leichenhalle und eines Krematoriums in Forstheim. Der Bürgerausschuß von Forstheim wird sich in seiner kommenden Sitzung abermals mit dem Bau einer Leichenhalle mit Krematorium zu beschäftigen haben. Da schon früher ein Beschluß gefaßt worden ist, der dann allerdings wieder aufgehoben wurde, um das anfänglich für entbehrlich gehaltene Preisausfahren doch zu erlassen, so wird, nach dem „Forstheimer Anzeiger“, nicht daran gezweifelt, daß die Vorlage diesesmal endgültig angenommen wird. Leichenhalle und Krematorium sind auf 680 500 M. veranschlagt.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Konstanz. Wie verlautet, wird Rechtsrat **Dr. Dietrich-Konstanz** seine Kandidatur für den Oberbürgermeisterposten gegen **Dietrich-Kesl** aufrecht erhalten.

Aus dem Lande.

Durlach.

Der sozialdemokratische Verein hält morgen Samstag abend seine Mitgliederversammlung mit Vortrag ab. Nachdem der Karneval verräuscht ist, sollten die Parteigenossen und Genossen sich wieder energisch der Parteiarbeit zuwenden, vor allem aber sich den Besuch dieser Parteiversammlung angelegen sein lassen, insbesondere im Hinblick auf unsere „rote Woche“.

Aktionen der Badischen Maschinenfabrik. Der Beschluß der Generalversammlung der Badischen Maschinenfabrik Durlach vom 14. November 1913 auf Erhöhung des Aktienkapitals um eine halbe Million Mark gelangt nunmehr zur Durchführung. Die jungen Aktien wurden an ein unter Führung des Bankhauses **Zeitl** in Karlsruhe stehendes Konjunktium begeben. Den Aktionären wird demnächst ein Bezugs-

recht im Verhältnis von einer jungen Aktie zu vier alten Aktien zum Kurse von 112 Prozent angeboten werden.

Bruchsal.

Parteiversammlung. Samstag abend halb 9 Uhr findet in der „Pfalz“ eine Mitgliederversammlung mit Vortrag statt. Da auch sonst noch sehr wichtige Angelegenheiten zur Debatte stehen, ist es dringend erwünscht, daß die Versammlung von Genossinnen und Genossen gut besucht wird.

Groß-Feuer wurde heute morgen kurz vor 6 Uhr hier gemeldet. Die Dampftrasse ließ ihre schauerlichen Weisen ertönen. Die letzte von ehemals 5 Mühlen, die sogenannten **Brüdenmühle**, stand in Flammen. Die Mühle ist häßliches Eigentum und sollte neuerdings verpachtet werden, gerade am geizigen Donnerstag sollte im Stadtrat über die Verpachtung Beschluß gefaßt werden. Die Mühle ist bis auf die Grundmauern ausgebrannt. Der einfützende Giebel hat dem nebenan liegenden Wohngebäude des Schlossermeisters **Gabermann** schweren Schaden zugefügt, jedoch auch dieses Haus vollständig erneuert werden muß. Ueber die Entfegung ist nichts bekannt. In der Nacht wurde nicht gemahnt.

Auf zur Wahl!

Nochmals müssen am 28. Februar die Wähler des 29. Landtagswahlkreises (Offenburg-Stadt) an die Wahlurne treten, um darüber zu entscheiden, ob der Kreis durch den Zentrumskandidaten **Herrn Betriebsinspektor Hausen** oder den Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei **Herrn Rechtsanwalt Muser** im badischen Landtag vertreten sein soll.

Die Wahl zwischen beiden kann für den denkenden Wähler nicht schwer sein.

Sie ein Vertreter der schwarzen Reaktion, jener Partei, die die Interessen des arbeitenden Volkes unzählige Male schon auf das schändlichste verraten hat und kein anderes Endziel hat, wie die Macht und den Einfluß des Klerus bis ins Unendliche zu steigern;

dort ein Vertreter des bürgerlichen Fortschrittes, der, wenn er auch nicht auf dem Boden unseres Parteiprogramms steht, aber doch ein ehrlicher und überzeugter Demokrat ist, der für seine Ueberzeugung schon viele Opfer gebracht und der als ein entschiedener Gegner der schwarzen Geistesmacht und als zuverlässiger Fürsprecher für die freiheitlich-fortschrittliche Entwicklung unserer politischen Verhältnisse auf demokratischer Grundlage sich bewährt hat.

Noch einmal hat Offenburg Gelegenheit, seinen alten Ruf als Demokratenstadt zu wahren und die Reaktion abzuweisen.

Parteigenossen! Laßt euch nicht betören durch die mancherlei Machinationen der schwarzen Volksverräterpartei, die nur in dem Moment euch schon reden kann, wenn sie hofft, euch damit für ihre Zwecke überböteln zu können. Sorgt kräftig für Durchführung der Parteiparole, gleich im ersten Wahlgang eure Stimme Herrn Rechtsanwalt **Muser** zu geben!

Bringt den leichten Mann an die Urne, damit der schwarze Uebermut nicht in den Himmel wächst!

**Nieder mit dem volksverräterischen Zentrum!
 Keine Stimme dem Vertreter dieser Partei!
 Sorgt dafür, daß der Demokrat Muser gewählt wird.**

Unsere Parteigenossen werden ersucht, morgen frühzeitig zur Wahl zu gehen und die Säumigen und Gleichgültigen aufzurütteln. Der letzte Mann muß zur Urne gebracht, der Reaktion, dem volksfeindlichen Zentrum mit seinen verkehrten Agitationsmethoden muß die reichlich verdiente Niederlage zu Teil werden. Gewählt wird von morgens 11 Uhr bis abends 8 Uhr.

Baden-Baden.

Gute Geschäfte. Das jüngste Unternehmen der Stadtgemeinde, **Strassen- und Vergabahn**, hat nach dem vorliegenden Voranschlag für 1914 einen gewaltigen Aufschwung genommen. Im Eröffnungsjahr 1914 hat man die Einnahmen aus dem Betrieb der Strassenbahn bescheiden veranschlagt. Mit einer beinahe dreifachen Einnahme im Betrag von 288 000 M. rechnet man schon im laufenden Jahre. Ebenso bescheiden wurden die Einnahmen aus dem Betrieb der Merkurbahn im vorigen Jahre im Voranschlag eingestellt, allerdings für nur zwei Betriebsmonate mit 10 500 M., während für 1914 schon die Summe von 111 000 M. in Rechnung gestellt ist. Die Abfertigungen der Strassen- und Vergabahn sind für 1914 dementsprechend günstig eingestellt: für Vergütung und Tilgung des Anlagekapitals der Strassenbahn 73 800 M. und der Vergabahn 25 800 M. und für den Neuerungsfonds der Strassen- und Vergabahn 19 600 M. Dieser Betrag in den wenigen Jahren auf Ende 1913 schon rund 105 000 M.

Forstheim, 24. Febr. Der seinerzeit geäußerte Wunsch der Redaktion des „Volkstreu“, daß Herr **Dr. Frey** aus Durmersheim (dessen Tod wir bekanntlich zu früh meldeten) als ein einmal Lodgejäger noch lange leben möchte, hat sich leider nicht erfüllt. Frey ist inzwischen gestorben. Es werden nun Vorfälle bekannt, die unsere feinerzeitige Charakterisierung dieses Mannes nicht nur vollumfänglich bestätigen, sondern das soziale Empfinden dieses Mannes weiter aufs Beste beleuchten. So wird erzählt, daß er, der selber mit Glücksgütern nicht allzuehr ausgestattet war, in bugenben von Fällen Artzrechnungen teilweise und ganz erlassen hatte, und wie er zu alledem **bedürftige** finanziell und materiell unterstützte. Das konnte er allerdings

nur im Einverständnis mit seiner ebenso edel denkenden Frau, einer Karlsruherin, ausführen. Was für ein weiterer Segen für die ärmeren Klassen die Verwirklichung von Freys Plan, Bezirksarzt zu werden, ergeben hätte, läßt sich aus den hier angeführten Tatsachen denken. Die Bevölkerung der Stadt, wo Frey wirkte, hat und wird die Tätigkeit desselben nie vergessen.

Im Gegensatz zu diesem edlen Verhalten des Verstorbenen steht jenes seines Kollegen **Dr. Helbing** in Durmersheim. Das soziale Empfinden bei diesem Herrn ist weit weniger ausgeprägt, als es bei Herrn **Dr. Frey** der Fall war. Mag das badische Benehmen dieses Arztes Kranken gegenüber bei einzelnen Fällen durch die Verhältnisse schließlich auch zu entschuldigen sein, so ist es andererseits doch bezeichnend, daß die Ansicht, **Dr. Helbing** über nicht immer die nötige Rücksicht, allgemein ist. Er soll sich auch einmal über die geringe Nachfrage nach ihm erkundigt und die prompte Antwort erhalten haben: Weil Sie zu groß sind. Das paßt zu der Mission eines Arztes wie die Faust aufs Auge; es wäre aber dringend zu wünschen, daß diese Zeilen gewürdigt und die bisherige Meinung durch die ferneren Tatsachen ihre Widerlegung finden möchten.

Mannheim, 26. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf dem neuen Rangierbahnhof. Der Zugmeister **Fridolin Göb** wurde überfahren und ihm beide Beine und der linke Arm vom Körper getrennt. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus verbracht. Göb ist verheiratet und hat vier Kinder. — Durch einen Schlag mit einem Stuhle auf den Kopf erlitt bei einem Streit in einer Wirtschaft in der Althornstraße der Fuhrmann **Adam Klähr** aus Ludwigsbafen einen Schädelbruch und wurde bewußtlos ins Krankenhaus eingeliefert. Der Täter ist verhaftet.

Sulzburg, 26. Febr. Eine bedeutende Rolle im Handel spielen bei der waldreichen Umgebung unseres Städtchens die Holzverkäufe. Bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Versteigerungen wurde das Langholz um 11 Prozent, das Brennholz gar um 22 Prozent über den Anschlag hinaus überboten. Sämtliche Holzsortimente brachten den höchsten Preis, der jemals in den hiesigen Forstzeit erzielt wurde.

Hausach (A. Schopfheim), 26. Febr. Einer der populärsten Männer des Biesenthal, Altbürgermeister **Noths** von hier, hat das Zeitliche in dem hohen Alter von 92 Jahren gesegnet. Herr **Noths** war 31 Jahre hindurch, von 1880 bis 1911 Bürgermeister von Hausach, mehrere Jahre war er der älteste Bürgermeister des badischen Landes, bis ihn dann das vorgeschrittene Alter zwang, sein Amt einer jüngeren Kraft zu überlassen. Von Biederem und fernem alemannischen Schlag, war er allseits, besonders bei den Besuchern des alljährlich wiederkehrenden Hebelfestes, sehr beliebt und geachtet.

Wiesloch (A. Schopfheim), 26. Febr. Schon zum zweitenmal vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde hier letzter Tage ein hjähriges Mädchen. Beim Spiel war das Töchterchen des Turbinenwärters **Kiefer-Eichin** in den Mühlenteich gefallen und das Wasser hatte das Kind durch den Verlauf in die hochgeschwollene Heine Wiese gerissen. Ein mutiger Knabe von 14 Jahren und hinter diesem ein Mann sprangen in den Fluß und es gelang ihnen, das kleine Wesen dem sicheren Untergange zu entreißen. Es war bewußtlos und konnte nur mit Mühe ins Leben zurückgerufen werden.

Berichtszeitung.

Ein Gastgeldschwindler. Vor der Strafkammer in Mosbach hatte sich ein raffinierter Gastgeldschwindler in der Person des Dienstmichs **Leonhard Müll** von Würzburg zu verantworten. Dem Angeklagten waren ungefähr 60 Fälle des Betrugs zur Last gelegt; er hatte sich von Landwirten des badischen Hinterlandes als Dienstmich einstellen lassen, hatte allerhand unwahre Behauptungen gemacht und verschwand mit ansehnlichen Gastgeldbeträgen. Er war schon mehrere Jahre im Zuchthaus gesessen und erhielt jetzt 5 Jahre Gefängnis.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Februar.

An die Parteigenossen!

Sonntag, 1. März findet in Karlsruhe eine Flugblattverbreitung statt. Wir ersuchen die Genossen sich zu dieser Arbeit recht zahlreich, vor mittags halb 8 Uhr, in folgenden Lokalen einzufinden:

Oststadt: „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstr. 13.
Südstadt: „Auerhahn“, Schützenstr. 58.
Mittelstadt: „Cambrinus-Halle“, Erbprinzenstraße 30.

Weststadt: „Palme“, Lessingstr. 40.

Mühlburg: „Goldener Hirsch“, Garbstr. 20a.

Außerdem treten sich die Genossen der Vororte, **Darlanden, Grünwinkel, Beiertheim, Ruppurr** und **Kintheim** in den bekannten Stellen um die Flugblätter in Empfang zu nehmen!

Genossen! Es gilt in großzügiger Weise für unsere Sache zu agitieren, es gilt neue Anhänger für unsere Partei zu gewinnen und neue Leser dem „Volkstreu“, unserer besten Waffe im Kampf um die Arbeitersache, zuzuführen. Jeder Freund unserer Bestrebungen wird deshalb am Sonntag, 1. März sich in vorgenannten Klagen zur Arbeit einfinden, insbesondere die Jugend wird mit dabei sein wollen. Je mehr Kräfte sich einfinden, desto leichter ist die Arbeit für den Einzelnen.

Bildungsausschuß.

Die am 20. Februar stattgefundenen Sitzung des Bildungsausschusses war, mit Ausnahme der Vertreter der „Freien Turnerschaft“, des „Frauenchors“ und des Gesangsvereins „Vorwärts“, von allen beteiligten Korporationen besucht. Anstelle des vom Vorstitz zurückgetretenen Genossen **Dr. Kullmann** wurde **Gen. Oskar Trintz** Parteisekretär, zum Vorsitzenden gewählt. Beschlossen wurde zwecks besserer Finanzierung ein Fundschreiben an die Gewerkschaften und an die im Bildungsausschuß vertretenen Sportvereine zu erlassen. Ferner wurde beschloffen, in Bälde ein Winterprogramm für 1914/15 zusammenzustellen, welches sodann den interessierten Organisationen und Vereinen zugestellt werden soll.

Bemerk sei vorläufig so viel, daß am 7. Oktober 1914 ein Vortrag des Dramaturgen **Dr. Eckert** aus Mannheim, über: „Das soziale Problem in der Dichtung des 19. Jahrhunderts“ stattfindet.

Ferner wird der gleiche Referent am 11. Januar 1915 referieren über: „Das deutsche Drama der Gegenwart.“ Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß am Samstag, 4. April 1914 im kleinen Saal der Festhalle, ein öffentlicher Vortrag stattfindet. Der Referent, Genosse **Landers** aus London, wird referieren über das für jeden Parteigenossen und Gewerkschaftler hochwichtige Thema: „Die Arbeiterbewegung in England“.

Im Kilugstempo

wurde der Rest der Vorlagen in der Bürgerauschussung vom letzten Mittwoch erledigt, nachdem der Verlagsantrag des Stadtrats Somburger abgelehnt worden war und die Vertreter der Presse den Sitzungssaal verlassen hatten. Um 1/10 Uhr war, wie mitgeteilt, wird, Schluß; in der Zeit von einer halben Stunde wurden also folgende 6 Vorlagen „erledigt“: 9. Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Kattater- und Pfauenstraße im Stadtteil Klippur; Aufwand 1162,50 Mk., 10. Veräußerung städtischen Geländes bei der Eisenlohrstraße, 11. Herstellung der Koff-Strasse zwischen Koon- und Klapprethstraße, Aufwand 2334, 50 Mk., 12. Ankauf des Anwesens des Lebensbedürfnisvereins, Bähringerstraße 45/47, Aufwand 125 000 Mk., 13. Herstellung der Ritterstraße zwischen Gartenstraße und Weierheimer Allee, Aufwand 49465 Mk., 14. Errichtung neuer etatmäßiger Stellen bei der Gemeindeverwaltung. Im ganzen beträgt die genehmigte Summe so etwa 180 000 Mk., macht pro Minute bei halbstündiger Beratungsdauer 6000 Mk.

Von den genannten 6 Beratungsgegenständen war, das wird Niemand bestreiten können, eine Teil wichtig genug, um mit ihnen allein eine Sitzung von 3-4 stündiger Dauer ausfüllen zu können. Die Punkte 12 und 14 hätten sicher eine längere Debatte ausgelöst, denn es handelte sich hier um Fragen, zu denen jede Partei hätte unbedingt Stellung nehmen müssen. Daß mit einer solcher Art beliebigen Erledigung wichtiger Fragen den Interessen der Gemeinde immer gedient ist, kann füglich bezweifelt werden. Wobei wir aber auch gar nicht verhehlen wollen, daß die Verhandlungen wesentlich vereinfacht würden und auch ein dem Kollegium würdigerer Verlauf nehmen würden, wenn die Ratsmitglieder, die zur Zeit bei den bürgerlichen Parteirednern eingerissen ist, wieder verschwinden würde. Die Herren könnten sich an den sozialdemokratischen Vertretern ein Beispiel nehmen, deren Auftreten aufs Angenehmste abtutet von dem wüsten Durcheinander und Drauflosgeschwätz in der Mitte und auf der rechten Seite des Hauses. Die bevorstehenden Wahlen haben offenbar die Herrschaften schon recht nervös gemacht.

Auf alle Fälle aber sollte die Stadtverwaltung eine Aenderung in der bisher betätigten Praxis eintreten lassen.

Beierthheim. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonntag treffen sich die Straßenobleute im Lokal „Beierthheimer Hof“ zwecks Flugblattverbreitung.

Freireligiöse Gemeinde, Karlsruhe. Die freireligiöse Gemeinde Karlsruhe hält ihre nächste Sonntagsfeier am Sonntag den 1. März im oberen Saale der „Bier Jahreszeiten“, Gabelstr. 21, gegenüber Café Bauer, ab. Der Sprecher der Gemeinde, Herr Dr. Carl Weich, Ludwigshafen, wird über „Die religiöse Weisheit unseres Gemeindefortschritts“ sprechen. Der Eintritt zu diesen Sonntagsfeiern ist frei.

Ein neuer Sprengwagen. Vor geladenen Gästen, Vertretern der Stadt und der Presse, wurde am Mittwoch hier ein neuer von der Firma Benz gebauter automobiler Sprengwagen, der zugleich als Feuerspritze Verwendung finden kann, vorgeführt. Der Wagen kann eine Straße bis zu 20 Meter Breite überall gleichmäßig besprengen und als Feuerspritze Wasser bis zu einer Höhe von 30 Meter schleudern. Der Wagen kostet ungefähr 30 000 Mark.

Ein schwerer Unglücksfall. Der etwa 65 Jahre alte Schreinermeister Friedrich Kammerer aus Königsdach bei Forstheim, der kurz vor 8 Uhr mit dem Zuge aus Nastatt in Karlsruhe ankam, verließ den Wagen, bevor der Zug hielt. Dabei wurde er zwischen Trittbrett und Bahnsteig eingeklemmt und darauf überfahren. Kammerer war sofort tot.

Schlägerei. Am 26. Februar, nachmittags, mißhandelte ein Gelegenheitsarbeiter von hier einen Reisenden an der Ecke von Kaiser- und Adlerstraße, indem er ihn am Halse packte, zu Boden warf und mit den Füßen auf Brust und Unterleib trat.

Veranstaltungen.

Marcell Salzer, der auch bei uns so überaus beliebte Vortragsmeister, wird nun auch in dieser Saison und zwar am kommenden Sonntag, 1. März, abends 8 Uhr, im Museumsaal wieder einen seiner erfolgreichen Abende geben und uns diesmal ein vollständig neues Programm bringen, das überall Jubel und tosende Beifälle erweckt. Es steht auch diesmal zu erwarten, daß sich eine stattliche Zuhörerschaft um den Vortragskünstler scharen wird. Der Kartenverkauf in den Hofmusikalienhandlung Hugo Kunz Nachf. hat schon lebhaft eingesetzt, so daß es ratsam ist, sich rechtzeitig einen guten Platz zu sichern.

Letzte Nachrichten.

Aus dem reichsländischen Parlament. Straßburg, 26. Febr. Heftige Zusammenstöße zwischen dem neuen Unterstaatssekretär Freiherrn von Stein und Mitgliedern des Elsaß-lothringischen Landtages ereigneten sich in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer. Bei der Beratung des Etats der Wasserbauverwaltung kam die Rede auf die Verunreinigung der Ill in Straßburg durch die weltbekannte Lederfabrik Adler und Oppenheimer. Während der Fortschrittler Georg Wolf und der Zentrumsvorordnete Marx lebhaft für die Firma eintraten, kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Imbs die in der Fabrik herrschenden Mißstände. Im Verlaufe der Debatte rügte der Abg. Wolf das Verhalten der früheren Regierung, deren Handlungsweise er als schändlich bezeichnete. Scharf und entschieden sprach Freiherr von Stein für die vorige Regierung, wobei er die Redewendung gebrauchte, daß sich der Abg. Wolf durch Beschimpfung der alten Regierung das Wohlwollen der neuen gewinnen wolle. Der Abg. Wolf verbat sich in entschiedenem Tone eine solche Einmischung in die Redefreiheit der Abgeordneten. Als der Unterstaatssekretär scharf erwiderte, stellte sich der Abg. Marx im Namen seiner Partei auf die Seite Wolfs. Die Kritik, die Wolf geübt habe, sei scharf, aber durchaus gerecht gewesen. Der Zwischenfall, der im Parlament großes Aufsehen erregt, wird hier lebhaft kommentiert.

Elsaß-lothringische Liga.

Straßburg, (Elsaß), 26. Febr. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zweiten Kammer des Landtages, Dr. Ricklin, fand heute im Landtagsgebäude die von dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Hause einberufene Versammlung zur Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-lothringens statt. An der Versammlung beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer des Landtages, sowie der Presse. Vertreten waren alle

Parteien. Die Versammlung stand einmütig auf dem Standpunkt, daß die Liga begründet werden solle. Es wurde eine Kommission von 5 Mitgliedern der 1. Kammer 8 Mitgliedern der 2. Kammer und 4 Mitgliedern der Presse gewählt. Den Vorsitz in der Kommission übernimmt Dr. Ricklin.

Arbeitslosenzählung.

Nürnberg, 26. Febr. Die städtische Arbeitslosenzählung ergab 3 985 Arbeitslose gegen 2 421 im Vorjahre. Außerdem hatten 4514 Arbeiter eine verkürzte Arbeitszeit.

Landtagsersatzwahl.

Zittau, 26. Febr. Bei der Landtagsersatzwahl im zweiten ländlichen Wahlkreise Großschönau-Ebersbach erhielt Fabrikbesitzer Max Rückert (natl.), der von der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützt wurde, 10 221 Stimmen und der sozialdemokratische Kandidat Zwahe um den Sieg. Infolge des liberalen Kartells wurde der Nationalliberale von vornherein von den Fortschrittlichen unterstützt. Beide bürgerlichen Parteien waren 1909 zusammen bei der Hauptwahl dem Sozialdemokraten um 1834 Stimmen voraus; auf sie entfielen 7660, auf Niem 5816 Stimmen. In der Stichwahl siegte Niem mit 7832 gegen 6091 Stimmen der Nationalliberalen. (D. Ned.)

Aus der sächsischen Kammer.

Dresden, 26. Febr. In der Zweiten Kammer ergriff bei der fortgesetzten Beratung des Etatskapitals: Sachsens Vertretung im Bundesrat, der Finanzminister von Sendewitz in der späten Abendstunde das Wort und erklärte u. a., die Regierung müsse den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Wehrvorlage Schwierigkeiten gemacht hätte. Die Reichserbschaftsteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Uebel angesehen, denn sie ist eine indirekte Steuer und mit ihr hätten sich die Bundesstaaten abgefunden, aber die Vermögenszuwachssteuer ist eine direkte Steuer. Sie bedeutet einen schweren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Möglichkeit gelangt. Es gibt noch eine Anzahl entbehrlicher Genußmittel, die eine Wehrbelastung recht wohl übertragen könnten. An der bewährten Zollpolitik wird die Regierung auch fernerhin unbedingt festhalten.

Eisenbahnerstreik in Portugal.

Paris, 26. Febr. Infolge des portugiesischen Eisenbahnerstreiks werden von heute ab bis auf weiteres keine

Fahrtarten nach Portugal ausgegeben. Reisende, die Lissabon am Sonnabend verlassen haben, sind erst heute Nachmittag nach sechsmonatigem Umsteigen in Paris eingetroffen. In gewöhnlichen Zeiten beansprucht diese Reise 32 Stunden. Die Reisenden berichten, daß die Eisenbahnverbindungen zwischen Lissabon und Spanien vollständig unterbrochen sind. Die Ausständigen haben die Santarembrücke auf der Eisenbahnlinie von Lissabon nach der spanischen Grenze gesprengt und einen Güterzug in einem Tunnel zum Entgleisen gebracht. Außerdem haben sie mehrere Telegraphenlinien zerstört.

Arbeitslosendemonstration.

Wien, 26. Febr. Heute Vormittag zogen wieder mehrere tausend arbeitslose Männer und Frauen, die von sozialdemokratischen Abgeordneten geführt wurden, über die Ringstraße in einen Vorortbezirk, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Montag den 2. März, abends halb 9 Uhr, im Lokal: Monatsversammlung. Bericht vom Bezirksturntag. 7538
- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 1. März, A. Tagesstour: Ottenhöfen, Edelrauengrab, Karlsruher Gut, Dörschheimer Gut, Rühlstein, Schilffopf, Allerheiligen. Abfahrt 5.38 Uhr (Hauptf.) nach Ottenhöfen. Fahrpr. 2.70 Mk. Gehg. 6-7 St. B. Tagesstour: Ralsch, Waldprechtswier, Malsberg, Moosbrunn, Fischweier. Abf. 7.02 Uhr (Hauptf.) nach Malsch. Fahrpreis 90 Pf., Gehzeit 6 Stunden. 7544
- K. Mühlburg. („Bruderbund“) Heute Freitag Singstunde für Männerchor im „Rühlens Krug“. Kein Sänger darf fehlen. 7545
- Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag abends halb 9 Uhr im „Schwanen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 7549
- Durlach. (Naturfreunde.) Sonntag, 1. März, Tagesstour: Dos, Fremersberg, Plurg, Scharfenberg, Steinbach. Gehzeit 7 Std., Fahrpreis 1.60 Mk. Abfahrt 5.22 Uhr. 7548
- Bruchsal. (Sozialdem. Partei.) Samstag abends halb 9 Uhr in der „Hals“ Versammlung mit Vortrag. 7555
- Forstheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, 28. Februar, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zur „Linde“ Mitgliederversammlung. Um vollständigen Besuch ersucht. Der Vorstand. 7547
- Nastatt. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, den 28. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Nappen“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Gurfchig. 7546
- Baden-Baden. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 28. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Pratwürgelbäcker“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen B. Kruse. 7548

36 eigene Filialen.

Durch überaus günstigen Einkauf verkaufe ich folgende Waren zu enorm billigen Preisen!

Art. W 105. **Chevrolet-Damenstiefel** mit und ohne Lackkappe, moderne Form per Paar nur **3.98**

Art. W 101. **Eleg. Chevrolet-Damen-Halbschuhe** mit modernem Einsatz und Lackkappe per Paar nur **4.95**

Art. W. 106. **Preiswerte Rindbox-Herren-Hakenstiefel**, Derbyschnitt, bequeme, moderne Form . . . per Paar nur **5.95**

Art. 937. **Preiswerte Box-Schnür-Stiefel**, Derbyschnitt, breite Form

Größe 23-24	Größe 25-26
2.75	2.95

Rucksäcke enorm billig! 1.28 solange Vorrat Stück

Als besonders preiswert empfohlen:

Art. 526. **Tuch- und Cord-Hausschuhe** mit Ledersohle und Absatzheck . . . Paar **79** s

Art. 1008. **Preisw. Ledertuch-Hausschuhe** mit Ledersohle und Absatzheck . . . Paar **89** s

Art. 515. **Preisw. R.-Box-Spangenschuhe** sehr bequeme Form, niedr. Abs. . . . Paar **2.55**

C. Korintenberg Kaiserstr. 113.
Größtes und leistungsäh. Schuhwarenhaus Süddeutschland

Fleisch-Verkauf

Samstag den 28. ds. MtS. verkaufe ich Rindfleisch 20, von 7 bis 11 Uhr la Qualität

Maßkühlfleisch
eigene Mästung, per Pfd. 70 Pf.

Wilhelm Neff
Molkereibesitzer. 7511
Empfehle:
prima mageres Rindfleisch
Filder-Sauernt
Speck und Schmir
bei 5 Pfund 80 Pf.

Sowie alle Sorten
Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte.
Verhand nach Auswärts.

Heinrich Lang,
Metzger und Wurstler,
Ecke Durlacher-Allee und
7404 Deneufeldstraße.

Halb geschenkt
Ueberzieher
getrag., gut erhaltene,
Naharbeit von Marx **2** an

Anzüge, Naharbeit **4** an,
von Marx

sowie einz. Sachen u. d. Kleider
Schuhe, Wäsche usw.
wegen Aufgabe des Ladens 618
7528 1. April

spottbillig!

Fridenberg, Markgrafen-
straße 17.
Sehr billig abgegeben: Hoff
neuer Gramophon mit Doppel-
plat en 20-M., Verhörbringe 2-M.,
feines Kettenarmband, gestempelt
3-M., noch neu, Säule mit Figur,
2 gleiche neue Betten, 2 Chiffon-
niere, Vertikal, Nachttisch, Zim-
merisch mit Eisenplatte, Chaise-
longue, sehr gute Singer-Näh-
maschine mit Fußbetrieb, Wädh-
schrank. Adorfstr. 17, 1. Treppe. 7542

Kinder-Kleidchen
für Knaben und Mäd-
chen kaufen Sie billig
und gut im
Kaufhaus Zapf,
Zell a. H.
Ein Besuch
lohnt immer.

Die DÄMONIN

7632

Gelegenheits-Käufe in Schuhwaren

7552

Damen, Herren u. Kinder
findet man im

Schuhhaus Münzner

Südstadt: Werderplatz 34.
Mühlburg: Rheinstraße 12.

Konfirmanden- Anzüge

nur eigene Anfertigung.

Seit Jahren beliebt.

Preislage 14 bis 28 Mark.

7537

Richard Pahr

Mechanische Kleiderfabrik

Kronenstr. 49.



Sozialdemokratische Partei Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im
„Goldenen Birsch“ in Mühlburg, Hardtstraße Nr. 20a

Partei-Versammlung

Tagesordnung:

Vortrag von Landtagsberichterstatter Genosse Grünebaum über:
Der neue Landtag und das Proletariat.

Wir erfordern die Parteigenossen und Volkshilfsarbeiter zahl-
reich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter- stenographen-Bund

System Arends Mitgliedschaft Karlsruhe.

Nachdem unsere Spätjahrs-Kurse nunmehr beendet sind und
Neuanmeldungen in großer Zahl erfolgt sind, sehen wir uns
veranlaßt, drei weitere Kurse zu arrangieren und zwar:

Am 1. März, nachmittags 2 Uhr in Würsch
Anmeldungen nimmt entgegen Fritz Deß, Viktorstraße 54b.

Am 3. März, abends 7 1/2 Uhr in Rintheim
in der „Friedrichskrone“, Anmeldungen daselbst.

Am 4. März, abends 7 1/2 Uhr in Karlsruhe
in der Restauration „Zur Palme“, Lessingstraße 7534

Zu diesen Kursen laden wir die verehrliche Arbeiterenschaft
von Karlsruhe und Umgebung freundlichst ein. Die Erteilung
des Unterrichts erfolgt durch geprüfte Lehrer unentgeltlich. Die
Lehrmittel kosten 3 Mark.

Der Vorstand.

Freirelig. Gemeinde Karlsruhe.

Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im
10 Uhr, im oberen Saale der 4 Jahreszeiten, Hebel-
straße 21 (gegenüber Cafe Bauer)

Sonntags-Feier

mit musikalischen Darbietungen und Vortrag des Herrn
Dr. Carl Weiß, Ludwigsplatz über:

„Die religiöse Weihe unseres
Gemeinschaftslebens“.

Eintritt frei. 7529 Eintritt frei.

Allgem. Kohlenverein Karlsruhe.

Die fassungsmäßige

ordentl. Generalversammlung

findet Sonntag den 1. März, vormittags 10 Uhr, im
„Palmengarten“, Gerrenstraße 43a statt, wozu wir die verehr-
lichen Mitglieder freundlichst einladen.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.

2. Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren.

3. Beratung etwaiger Anträge.

4. Verschiedenes.

Nur Mitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

Prima junges Pferde-Fleisch

sowie auch Wurstwaren zu
haben bei

W. Mangold, Markt,
Pferdemessgeret, Schiffstraße 5.

Ziehung unwiderruflich schon 7. März!

Große Badische
Säuglings-Fürsorge-
Geld-Lotterie!

2837 Geldgew. ohne Abzug

27 000 M.

1. Hauptgewinn bar:

10 000 M.

826 Gewinne bar:

10 000 M.

2000 Gewinne bar:

7 000 Mk.

Lose à Mk. 1.-, 11 L. Mk. 10.-,
Porto und Liste 80 g
empfiehlt Litterie-Unternehmer

J. Stürmer

Strasbourg i. E., Langstraße 101.
Filiale: Kohl a. Rh., Hauptstr. 41.

In Karlsruhe: Carl Götz,
Rebelsstr. 11/15, E. Flüge,

Jede Dame

liebt ein zartes, reines Gesicht,
rofiges, jugendfrisch. Aussehen u.
blendend schön. Teint. Dies erzeugt

Steckenpferd-Seife

(die beste Lilienmilch-Seife)
à St. 50 Pf. Die Wirkung erhöht

Dada-Cream

welcher rote u. rissige Haut weiß u.
sammetweich macht. Tube 50 g bei

C. Roth, Hofstr., Gerrenstr. 28-28

Otto Fischer, Karlsru. 74

Wih. Baum, Werderstr. 27.

Em. Demig, Kaiserstr. 11

W. Tscherning, Amalienstr. 19

sowie in allen Apotheken 78

Mühlburg: Strauß-Drog.

Durmersheim: J. Göhl.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen:

1 direkter Waggon

Holländer

Rotkraut

Kopf 22 und

25

Ein Waggon:

Französischer

Blumenkohl

Kopf 45

Unser dritter Waggon

Malta-

Kartoffeln

3 Pfund 35

10 Pfd. 1.10

Pfannkuch & Co

G. M. M.

In den bekanntesten
Verkaufsstellen

Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren,

Zahnziehen.

2885

Die DÄMONIN

7582

Die billigste Quelle
in getragenen Anzügen,
Schuhe, Heberzieher v. 4 u.
in, Ulster z. sowie beste Ge-
legenheitskäufe in Schuh-
waren findet man in dem Aus-
und Verkaufsgeschäft von
Arnold Schap,
Fähringerstraße Nr. 22.

Frauen!
„Femina-Tee“, rein roborierend-
kräftig, bester gynäk. Präparat, à 50 Pfg.
Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20
Strauss-Drogerie in Mühlburg.

Drucksachen fertigt
an
Druckerei Volkstreu.

Billiges
Frühjahrs-Angebot!
Elegante
Anzüge nach Mass

in anerkannt vorzüglichem
Schnitt und Passform

50.- 55.- 60.-
65.- 70.- etc.

Reichhaltiges Lager
moderner Stoffe
in deutschen u. eng-
lischen Fabrikaten.

Fertige Herren-Anzüge
20.- 24.- 28.- bis 50.-

Fertige
Jünglings-Anzüge
16.- 19.- 22.- bis 46.-

Konfirmanden- und
Kommunikanten
Anzüge
schwarz und blau
in I- und II-reihigen Formen

12.- 15⁵⁰ 18.-
22.- 25.- bis 35.-

Fertige Knaben-Anzüge
in ausgesucht schönen Farben

3.50 4.85 6.- 7.50
9.- 10.- bis 25.-

Julius Löwe
Karlsruhe
Nur südstadt Werderplatz 25.
Rabattmarken.

Extra-Verkauf

in

Regen-Schirmen

Regenschirme mit 2 Jahre Garantie.

Regen-Schirme „Furore“ für Herren und Damen **3²⁵**

Regen-Schirme „Imperator“ für Herren u. Damen **4⁵⁰**

Regen-Schirme „Matajor“ für Herren und Damen **5⁷⁵**

Regen-Schirme „Mirakel“ für Herren und Damen **6⁵⁰**

Regen-Schirme „Victoria“ für Herren und Damen **7⁷⁵**

Regen-Schirme „Hellas“ für Herren und Damen **9⁵⁰**

Regen-Schirme für Kinder : : : **2⁷⁵ 2²⁵ 1⁷⁵ 1²⁵**

Regen-Schirme für Damen, solide Sorten **2⁷⁵ 2²⁵**

Regen-Schirme für Herren, solide Sorten : : : : **2⁵⁰ 2²⁵**

Landauer

Kaiserstraße, Ecke Lammstraße

Arbeiter-Gesangverein „Harmonie“ Karlsruhe.

Am Samstag, den 28. Februar, von abends 8 Uhr an, und Sonntag den 1. März, von vorm. 11 Uhr an, findet in der „Wacht am Rhein“, Ecke Garten- und Ritterstraße, ein

Breistegeln

statt. Wir laden hierzu unsere verehrlichen Mitglieder, sowie Freunde unseres Vereins freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Sonntag nachmittag von 5 Uhr an, gemütliches Beisammensein im Nebenzimmer daselbst.

Grözingen.

Restaurant „Zur Sonne“

Am Samstag, den 28. Februar 1914 kommt das Bürger-Bräu aus der Brauerei Sinner zum Ausklang.

Sonntag, den 1. März 1914

Starkbier-Fest

Konzert in den festlich geschmückten Räumen

wozu ich alle Freunde und Gönner, sowie die Vereine freundlichst einlade.

Karl Becker, Metzger und Wirt. Heute Freitag Schlacht-Fest.

Pferde-Fleisch.

Bringe für Samstag und die folgenden Tage nebst meinen nur erstklassigen Wurst- und Fleischwaren

Fohlen-Fleisch

von einem 10 Monate alten Fohlen zum Verkauf.

U. Gramlich, Durlacherstraße 59

Schlächtere mit elektrischem Betrieb.

Bekanntmachung.

Während des Einbaues einer Ausweiche in der Rheinstraße zwischen Hardt- und Marktstraße wird der Straßenbahnbetrieb der Linie 1 auf die Dauer von etwa 10 Tagen durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Karlsruhe, den 26. Febr. 1914. Städtisches Straßenbahnamt.

Heberzieher fährt à 3.— Herren-Anzüge à 3.50— Damenkleider à 3.—

Färberei Firnrohr Kaiserstraße 28. 7503

Robert Kästel, Förschheim Adlerstraße 142.

Karlsruhe, den 24. Febr. 1914. Städt. Evar. u. Pfandleihkaffe

Vollständiger Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe.

Um mein grosses Lager so rasch wie möglich zu räumen, verkaufe sämtliche Sorten

Schuhwaren

ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis zu staunend billigen Preisen.

Verkauf nur so lange Vorrat!

Schuhhaus „Hansi“

Karlsruhe, Ecke Kronen- und Markgrafenstr.

Beste Kaufgelegenheit für Konfirmanden- und Kommunikanten-Schuh.

Naturfreunde!

holen ihren Proviant im

Reformhaus Kadner

Durlach, Amalienstraße 25.

Lager sämtlicher Sorten

Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle per Paar von 60 S. aufwärts, 6000

sowie Rahmen und Flecke bei

Eugen Klemm

Durlach, Pfingststraße 90.

Haltestelle neue Bahnhofbrücke.

Durlach.

Elegant. Kinderwagen

zu verkaufen. 7550

Seboldstr. 13, 2. Et. rechts.

Aufgebotsverfahren.

Herr Emil Kellermann, Fensterreiner und dessen Ehefrau

Öttilie hier, Angartenstr. Nr. 37, haben den Antrag gestellt, die

Pfandscheine:

Nr. 26207 vom 1. Dezember 1913 über 1 dunklen Anzug,

1 Kleid, geschätzt zu 12 M., und 1 Helmhelm mit 6 M., und

Nr. 26208 vom 1. Dezember 1913 über 2 goldene Uhren

7 gr. geschätzt zu 7 M., und 1 Helmhelm mit 5 M.

für kraftlos zu erklären.

Auf Grund des § 48 unserer

Satzungen fordern wir hiermit den Inhaber der genannten

Pfandscheine auf, solche innerhalb eines Monats, von der

erfolgten Einreichung an gerechnet, bei uns vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung

erfolgen wird. 7580

Karlsruhe, den 24. Febr. 1914.

Städt. Evar. u. Pfandleihkaffe

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.

Die Wiedereröffnung des Erholungsheims in Baden-Baden für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe ist auf Mitte März in Aussicht genommen. Verpflegungstag 2 M. 50 Pfg. für den Tag. Soweit der Platz reicht, können auch auswärts wohnende Frauen und Mädchen für 3 M. täglich aufgenommen werden.

Nähere Auskunft und Anmeldung bei der

Direktion des Städt. Krankenhauses Karlsruhe. 7491

Städtisches Vierordtbad. Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 6 bis 1/2 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis 9 Uhr und 11-2 Uhr, nachmittags 1/2-5 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 8-12 Uhr. Auch über Mittag geöffnet.

14

Tüchtiger Maurerpolier

wird gesucht bei 7540

Fr. u. E. Bindschädel Karlsruhe Angartenstraße 32.

Getragene u. neue Herren- und Damenkleider

Weißzeug, Uhren, Möbel

kauft man am allerbilligsten und besten bei der altbekanntesten Firma 5918

K. Maier,

Markgrafenstraße Nr. 16.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgebiße, Pfandscheine, Möbel, Kleideroffer.

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Schuhmacher-Werkzeug

Besonders mehrere Leisten, für Anfänger geeignet, billig zu verkaufen. Werderstr. 64 III I.

Schuhreparaturen

werden in sauberster Ausführung u. beste Material ausgef. Günst. Betrieb. S. Bödel, Körnerstr. 22. 7584

K. F.-C. Phönix

(Phönix-Alemannia) e. V. Sportplatz links d. Rheintalbahn entlang. — Telephon 1888. Samstag, 28. Februar 1914, abends 1/9 Uhr

Winterfest

im kleinen Festhallsaal. Sonntag, den 1. März 1914

Familien-Ausflug

mit Tanz nach Ettlingen, Restaurant zur „Sonne“ (Mitglied Furrer). Treffpunkt 2 Uhr am Städt. Vierordtbad. 2009



e. V. 2004

Samstag den 28. Febr. 1914

Fortsetzung der Generalversammlung.

Sonntag den 1. März 1914

auf unserem Platze.

1 Uhr: Eggenstein II gegen Frankonia III.

2 1/2 Uhr: Viktoria Mannheim-Feudenheim I gegen Frankonia I.

4 Uhr: Eggenstein I gegen Frankonia II.

4. Mannschaft in Eggenstein.

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele

e. V. — Gegr. 1905.

(Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.

Sonntag, den 28. Febr. 1914, Spielerversammlung.

Sonntag, den 1. März 1914,

1. Mannschaft in Freiburg,

2. Mannschaft in B.-Baden,

4. Mannschaft geg. F.-C. Germania Durlach auf uns, Platze halb 8 Uhr.

Sonntag, den 8. März 1914,

Phönix auf unserem Platze.

Lieferung von Fußbodenöl.

Die Lieferung von Fußbodenöl für die städtischen Lehranstalten soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Bedingungen und Lieferungsbedingungen liegen beim Rät. Hochba. am. Jägerstr. Nr. 96.

2. Stof. Zimmer Nr. 192, zur Einsicht an.

Ebenfalls sind die Angebote bis Samstag, den

7. März 1914, vormittags 9 Uhr, dem Schluss der Ausschreibung, einzureichen. 7513

Karlsruhe, den 24. Febr. 1914.

Städt. Hochbauamt.

Rinder-Vieg- u. Einwagen

(Korbgef.) billig zu verk. Werderstr. 64. S. 118.